Breslauer  Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 221. Donnerstag den 21. September **1848.**

An die geehrten Zeitungs-Leser.

Die Pränumeration auf die Breslauer Zeitung und die Schlesische Chronik für das nächste Vierteljahr — Oktober, November, December — beliebe man so zeitig zu veranlassen, daß vor dem 1. Oktober auch von auswärts die Bestellungen durch die nächste Post-Behörde bei dem hiesigen königl. Ober-Post-Amte eingegangen sind. — Der vierteljährliche Pränumerations-Preis für die Breslauer Zeitung ist am hiesigen Orte **1 Rtlr. 15 Sgr.**, für die Schlesische Chronik **12½ Sgr.;** auswärts kostet die Breslauer Zeitung inclusive Porto und Stempel **1 Rtlr. 24 Sgr. 6 Pf.** Die Schlesische Chronik allein kostet auswärts **18 Sgr. 3 Pf.** und in Verbindung mit der Breslauer Zeitung **2 Rtlr. 10 Sgr.**

Die Expedition der Breslauer Zeitung.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 20—25. (380—385.) Bogen des 13. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 173. 174. Frankf. Bg. 208—211.

K Breslau, 20. September.

Die beiden Fragen, welche so lange drohend über uns schwebten, sind nun allerdings in das Stadium der Entscheidung gerückt. Der Zustand der Ungewißheit schwindet immer mehr, und nicht mehr allzuschwer ist die Berechnung, was von den nächsten Wochen zu erwarten steht.

Wir wollen uns in Combinationen und Berechnungen in diesem Augenblicke nicht ergehen, nur mit wenig Zügen wollen wir die Lage zeichnen, in die wir nunmehr versetzt sind, denn Klarheit ist vor allen Dingen nöthig.

Wir wenden uns zunächst nach Frankfurt. Der Waffenstillstand ist angenommen — nein, nicht angenommen, auch nicht verworfen, nicht gebilligt, auch nicht beanstandet worden. Die Mehrheit der National-Versammlung ist über die Sache hinweggegangen, und will sich gar nicht damit befassen; das ist der eigentliche Sinn des Beschlusses. Der Muth dieser Mehrheit ist grade so weit gegangen, daß sie den Entschluß faßte, den Waffenstillstand nicht zu verwerfen, als sie nun aber in konsequenter Folge die Genehmigung aussprechen sollte, da sank ihr der Muth und der Antrag der Ausschuß-Minorität konnte nur 165 Stimmen erhalten.

Dafür hat nun die National-Versammlung den Beschluß gefaßt: „die Ausführung des Waffenstillstandes, soweit er noch ausführbar ist, nicht länger zu verhindern und Modifikationen zu befördern.“ Das sieht aus wie eine Concession der Majorität, wie eine Vermittelung der entgegengesetzten Prinzipien. Es ist aber gar keine Concession, denn die Phrase enthält Nichts, ist selbst ein Nichts. Es ist auch keine Vermittelung, diese wäre nur dann vorhanden, wenn das Wesentlichste der beiden entgegenstehenden Prinzipien in dem Beschlusse als der höhern Einheit, wieder gefunden würde. Da aber der Beschluß gar Nichts enthält, so liegt in ihm nur ein Aufgeben jedes Prinzips, so ist er eine vollständige Niederlage beider Seiten des Hauses.

Wir haben gesagt, dieser Beschluß habe gar keinen Inhalt und glauben dies unwiderleglich darthun zu können. Der dänische Krieg ist eine deutsche Angelegenheit, soviel werden uns wohl auch die rechtesten Mitglieder der Rechten zugeben. Ist der Krieg eine deutsche Angelegenheit, so wird wohl auch das Ereigniß, welches dem Kriege vorläufig ein Ende macht, eine deutsche Sache sein. Wenn wir einmal ein Deutschland als bestehend annehmen, so dürfen wir wohl auch voraussetzen, daß die Entscheidung über deutsche Angelegenheiten eben von Deutschland nur, da sich Deutschland bereits eine höchste Staatsgewalt gegeben hat, von dieser ausgehen müsse. Lehrte das nicht der gesunde Menschenverstand schon genügend, so würden wir noch auf das Gesetz über die Central-Gewalt hinweisen, welches die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hände der National-Versammlung und der Central-Gewalt legt. Nun lag ein Waffenstillstand vor, welcher nicht von Deutschland geschlossen, auch nicht nach dem Auftrage der deutschen Central-Gewalt, sondern von einer dritten Macht „im Namen des deutschen Bundes“ mit Dänemark geschlossen worden war. Weil aber in Folge dieses Waffenstillstandes die deutschen Kriegsoperationen bereits eingestellt worden, weil der Name des deutschen Bundes, der im Auslande zu Verwechselungen mit Deutschland noch Anlaß giebt, in diesem Traktate gebraucht worden, so konnte Deutschland ihn nicht ignoriren. Der ssatus quo war durch den Waffenstillstand bereits aufgehoben, die National-Versammlung hatte daher zu entscheiden, ob dieser für Deutschland einstweilen noch unverbindliche Waffenstillstand für uns rechtsgültig werden sollte oder nicht. Diese Entscheidung und nichts Anderes konnte der Sinn ihres Beschlusses sein. Die Versammlung hat keine Entscheidung ausgesprochen. Sie hat blos beschlossen, die Ausführung des Waffenstillstandes nicht zu hindern. Dieser Beschluß kann einen doppelten Sinn haben und hat eben deshalb gar keinen. Er kann den Sinn haben, daß die National-Versammlung annehme, der Waffenstillstand sei eo ipso dadurch für Deutschland rechtsgültig geworden, daß ihn Preußen geschlossen. Die National-Versammlung hätte dann das Recht, Verträge mit auswärtigen Mächten zu bestätigen, aufgegeben. Sie hätte sich für inkompetent erklärt, sie hätte abgedankt. Das hat sie aber wieder nicht thun können, denn ihre Kompetenz hatte sie bereits durch den Beschluß vom 5ten September ausgesprochen.

Man kann aber auch dem Beschlusse den Sinn unterlegen, daß die National-Versammlung den Waffenstillstand nicht genehmigen wolle, verwerfen nicht könne, daß sie ihn wie ein von Außen hereinkommendes Verhängniß ansehe, dem sie eine rechtliche Bedeutung nicht beilege. Dann hat die National-Versammlung erklärt, daß es ihr unmöglich sei, die deutschen Angelegenheiten zu führen, sie hat es unentschieden gelassen, ob wir Krieg oder Frieden haben sollen. Sie will den Frieden nicht hindern, um den Krieg sich nicht kümmern. Sie will die Dinge gehen lassen, wie sie eben kommen werden.

Wir haben die Wahl unter beiden Auslegungen. Nichts — reines Nichts ist das Endresultat von beiden. Wir sind auf dem Gipfel der Rathlosigkeit und Schwäche angekommen, wir sind dahin gekommen, daß wir über die ersten Lebensfragen eines Volkes, über Krieg und Frieden, gar nichts zu sagen haben, daß wir ihre Entscheidung dem Zufall überlassen müssen.

Gilt der Waffenstillstand oder gilt er nicht? Gilt er, so muß ihn Deutschland ausführen, nicht blos nicht hindern; gilt er nicht, so müssen wir ihn eben hindern. Wie es jetzt steht, kann jeder Einzelne thun, was ihm beliebt. Die deutsche Reichsgewalt wird sich um die Sache nicht kümmern!

Heißt das nicht die — Anarchie proklamiren? Oh Jammer über diese Politik! Die organische einheitliche Gewalt hat sich ganz aufgegeben, der Partikularismus herrscht ganz allein. Nicht einmal für unsere deutschen Sympatien haben wir einen Mittelpunkt. Wir haben nichts, gar nichts mehr, als den ungeordneten dunklen Einheitsdrang, wie er im Volke lebt. Wird sich Niemand finden, der ihm Ausdruck verleiht?

K. Breslau, 20. September.

Der Niederlage der deutschen Einheit gegenüber, wie hat sich der Partikularismus ermannt! Wie sind mit der Einheit die Actien der Freiheit gesunken!

Dieselben Blätter, welche uns den Bericht über die letzte traurige Sitzung der deutschen Nationalversammlung bringen, beschenken uns auch mit dem **Armeebefehl Wrangel's.**

Wir sind damit in Preußen faktisch wieder auf den Standpunkt des Absolutismus gestellt. Kein verantwortliches Ministerium. Dafür das ganze Heer der Marken unter das Kommando eines unverantwortlichen Führers gestellt! Zum ersten Male wagt man es, die so lange zum Schein fortgebrauchten Phrasen von Freiheit, wäre es auch nur eine „gewährte“ Freiheit, ganz wegzulassen. Zum ersten Male sagt man es, daß man nur die Ruhe will. Und was wird das für eine Ruhe sein? Eine Ruhe, wie sie die „guten“ Bürger wollen. Und wer diese guten Bürger sind, das wird der General v. Wrangel bestimmen. Zum ersten Male wird das Prinzip der Berechtigung der Volksmajorität geradezu geleugnet. Hr. v. Wrangel wird nicht den Volkswillen aufrecht erhalten, der sich ausspricht. Nein, er weiß, daß die guten Elemente sich zurückhalten. Diesen zurückgehaltenen guten Elementen wird Herr v. Wrangel eine moralische (und wenn nöthig, wohl auch eine materielle) Stütze sein. Was auch der General v. Wrangel gegen den laut ausgesprochenen Willen des Volkes unternehmen mag, er wird es immer nur im Geiste und nach dem Sinne der zurückhaltenden, unbekannten guten Bürger thun.

Zum ersten Male wird der Versammlung der Volksvertreter offen Hohn gesprochen, zum ersten Male wird ihr offen der Krieg erklärt. Diese ging von der Ueberzeugung aus, daß in den Offizieren des Heeres der Hauptsitz der Reaktion sei, Herr v. Wrangel predigt das unbedingte Vertrauen zu den Offizieren. Diese wollte, daß die Scheidewand zwischen Volk und Heer im freien Staate falle, Herr v. Wrangel sanctionirt diese Scheidung und treibt sie auf's Aeußerste, ihm ist das Volk dem Militair gegenüber ein fremdes Element. Diese wollte die gefährliche Besorgniß beseitigt wissen, welche das Heer der Volksfreiheit für feindlich hält, Herr v. Wrangel mahnt nur zur Treue an den König, zu der es wahrlich keiner Mahnung bedurfte, wenigstens nicht in dem Sinne, wie der General Wrangel diese Treue zu fassen scheint.

So ist also der Beschluß der constituirenden Versammlung nicht nur nicht ausgeführt worden, sondern es ist ihm Punkt für Punkt entschieden entgegen gehandelt worden.

Das Heer ist hingestellt nicht als Glied im Organismus des freien Staates, sondern als willenloses, blind vertrauendes Werkzeug in den Händen des Absolutismus.

So und nicht anders ist durch diesen Armeebefehl die Lage geworden; mögen nur jetzt wenigstens Alle, die wirklich die Freiheit wollen, einmal klar sehen, damit die Ereignisse sie nicht wie Träumende überraschen!

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 19. September.)

Kosch führt das Präsidium. Das Protokoll wird verlesen. Zu einigen eingegangenen Urlaubsgesuchen bemerkt der Präsident, daß es in der ernsten

Zeit wohl zu erwägen sei, bevor man Mitgliedern Urlaub ertheile. Die Versammlung bewilligt jedoch einzelnen Abgeordneten den nachgesuchten Urlaub. — Demnächst wird ein Schreiben des Minister-Präsidenten verlesen, in welchem derselbe anzeigt, daß die Verhandlung wegen Bildung eines neuen Ministeriums noch nicht zum Schluß gediehen sei und die Versammlung bittet, die Sitzungen noch auszusetzen. — v. Berg ergreift das Wort: „Wir befinden uns wieder in derselben Lage, in welcher wir in der letzten Sitzung waren; ich werde deshalb zu Donnerstag den Antrag stellen, eine Deputation von 12 Mitgliedern, den Präsidenten und die Vizepräsidenten an der Spitze, zu Sr. Majestät zu senden, um Se. Majestät im Interesse des Thrones, wie des Landes um schleunige Bildung eines Ministeriums zu bitten."

Man geht demnächst zur Tagesordnung, der Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten über. — Minister Gierke ist vom Anfang der Sitzung an gegenwärtig und hat seinen Platz im Centrum neben Hrn. v. Unruh eingenommen. Man bemerkt, wie sich die Parteien schärfer als sonst von einander durch die eingenommenen Sitze gesondert haben. Die Minister Hansemann und Milde erscheinen erst später; der Erstere nimmt eine Zeit lang seinen Sitz am Ministertische, während der Andere gar keinen festen Platz einnimmt und sich mit verschiedenen Kammermitgliedern unterhält. — Die Abstimmung bei der Peäsidenten-Wahl ergiebt folgendes Resultat: von 330 Stimmen erhält Grabow 179, Phillips 151. Grabow ist demnach wieder zum Präsidenten gewählt. Man geht zur Wahl der 4 Vice-Präsidenten über. Es stimmen 329. Die Abstimmung ergiebt keine absolute Majorität; es haben erhalten: Jonas 160, Phillips 159, Waldeck 158, Jacoby 152, Blöm 144, Kosch 123, v. Unruh 121, Zachariä 111, Baumstark 49, v. Kirchmann 32, Reichensperger 28, Ebelt 23, Duncker 9, Rodbertus 2 Stimmen u. s. w. — Auf die engere Wahl kommen demnach: Jonas, Phillips, Waldeck, Jacoby, Blöm, Kosch, v. Unruh und Zachariä. Bei 313 Stimmen erhalten die absolute Majorität. Phillips 197, Jonas 166, Waldeck 161; nächst ihnen haben v. Unruh 155, Kosch 154, Jacoby 143, Blöm 142, Zachariä 128 Stimmen. Es kommen mithin v. Unruh und Kosch noch zu einer engern Wahl.

Die nächste Sitzung ist auf Donnerstag anberaumt.

Berlin, 18. September. [Armee- und Gouvernements-Befehl.] In den höheren Regionen scheint man den demokratischen Einwirkungen auf das Militär jetzt eine entschiedene Aufmerksamkeit zollen zu wollen. Die Ernennung des Generals Wrangel zum Oberbefehlshaber der Truppen in den Marken weist darauf hin, so wie nachfolgender Armee- und Gouvernements-Befehl:

Armee-Befehl.

Potsdam, den 17. September 1848. — Seine Majestät der König haben mir einen neuen Beweis Seiner Gnade und Seines Vertrauens gegeben, indem Sie mir mittelst Allerhöchster Kabinets-Ordre vom 15. d. Mts. den Oberbefehl über die sämmtlichen in den Marken stehenden Truppen ertheilt haben. Meine Aufgabe ist, die öffentliche Ruhe in diesen Landen, da, wo sie gestört wird, wieder herzustellen, wenn die Kräfte der guten Bürger hierzu nicht ausreichen. Die Aufgabe ist schwer und mit großer Verantwortung verknüpft, das verkenne ich nicht, aber sie wird ausgeführt werden; dafür bürgen mir das gegenseitige Vertrauen zwischen dem Soldaten und seinem Offizier, seinem Führer, durch welches sich die preußische Armee, so lange sie besteht, immer rühmlichst ausgezeichnet hat, so wie die Liebe und die treue Hingebung für den König, von der wir Alle gleich erfüllt sind. Ich gebe mich indeß der bestimmten Hoffnung hin, daß ich keine Veranlassung erhalten werde, mit der militärischen Macht einzuschreiten, denn auch mein Vertrauen zu den Bürgern, daß sie ebenfalls nur das Gute wollen, steht fest; es ist ja ihr eigner Heerd, den sie und ich beschützen sollen. Es sind jedoch im Lande auch Elemente vorhanden, welche zur Ungesetzlichkeit verführen wollen, sie sind zwar nur gering, aber desto kräftiger treten sie hervor, während die guten Elemente sich zurückhalten. Diesen letztern will ich fortan eine moralische Stütze sein, um ihnen die Erhaltung der öffentlichen Ordnung zu erleichtern, ohne die keine gesetzliche Freiheit möglich ist. In Potsdam habe ich schon die erfreulichsten Beweise erhalten, wie dessen Bewohner mit der ganzen Bürgerwehr sich zu diesem Zweck gern um mich schaaren. Dies war mir um so erfreulicher und um so werthvoller, als es schon am ersten Tage meiner Uebernahme des Oberbefehls in den Marken geschah; es erfüllt mich deshalb mit Hoffnung und Vertrauen für die Zukunft. Soldaten! laßt Euch nicht irre leiten von den Reden und Proklamation, welche von Euch unbekannten Leuten an Euch gerichtet werden; hört nicht darauf, wenn sie auch noch so schmeichelhaft für Euch klingen und sie Eure Zukunft mit herrlichen Worten ausmalen, sobald Ihr die Euch gegebenen Rathschläge befolgt. Zu den Versammlungen, wo dergleichen Reden an Euch gehalten werden sollen, geht lieber gar nicht hin; hört dagegen auf meine Stimme, die Stimme Eures Generals, sie ist wohlgemeint! Haltet fest an Euren Offizieren, wie diese an Euch; zwischen beiden darf sich kein fremdes Element einschleichen. Habt Ihr gerechte Wünsche, so tragt sie Euren Offizieren in der gesetzlichen Weise vor; von Niemand wird Euch sicherer geholfen werden, als von diesen, denn Niemand kennt Eure Bedürfnisse besser als sie, und Niemand ist mehr von dem Wunsche beseelt, Euch mit Rath und That beizustehen. Als Beweis, in welchem Grade ich nicht nur für Euer Wohl als Soldat, sondern auch für Euer häusliches Wohl zu sorgen bereit bin, bestimme ich hiermit, daß die durch Einziehung von Reserven auf die Kriegsstärke gesetzten Infanterie-Bataillone sofort auf 900 Mann vermindert werden, und binnen Kurzem hoffe ich eine abermalige Verminderung derselben bis auf 800 M. eintreten lassen zu können. Zu der ersten Entlassung sind zunächst alle Reklamirten und dann Diejenigen aus den ältesten Reserven zu bestimmen, deren häusliche Anwesenheit dringend nothwendig ist; nach deren Berücksichtigung hat das unparteiische Loos unter den ältesten Reserven zu entscheiden. Zum Schluß rufe ich Euch zu, Offiziere und Soldaten! haltet fest in Eurem gegenseitigen Vertrauen und an Euren theuren König! Er lebe dreimal hoch!

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
gez. v. Wrangel.

(Gouvernements-Befehl an die Berliner Truppen.) „Nachdem bereits am verflossenen Montag in hiesigen demokratischen Vereinen förmlich beschlossen und festgestellt worden, die Soldaten der hiesigen Garnison auf alle Weise von ihrer Pflicht abwendig zu machen, ist kein Mittel unversucht geblieben, diesen Vorsatz zur Ausführung zu bringen. Unwahre Erzählungen in öffentlichen Anschlägen über sogenannte Militär-Revolutionen, trügerische Vorspiegelungen über beabsichtiate Verbesserung der Lage der Soldaten, vorgebliche Verbrüderung mit ihnen und verführerische Versprechungen jeder Art, alles ist angewendet, um den Soldaten irre zu machen, um Zucht und Gehorsam und die Treue zu erschüttern; alles aber ist gescheitert an dem geraden, ehrenfesten Sinne, an dem Pflichtgefühl, welches im preußischen Soldaten jederzeit lebendig war und bleiben wird. Das preußische Heer und das gesammte Vaterland blickt auf das Benehmen der Garnison von Berlin und dieselbe giebt ein rühmliches Beispiel, wie der preußische Soldat auch mitten unter Verführung, fest in seiner Pflicht, in seiner, dem Könige und dem Vaterlande angelobten Treue beharrt und elende Wühlereien mit Verachtung zurückweist. Das Gouvernement fühlt die wohlthuende Verpflichtung, diese ehrenvolle Haltung der Truppen öffentlich und dankbar anzuerkennen; es hegt die unerschütterliche Zuversicht, daß Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten sich auch ferner mit Liebe und Vertrauen die Hand reichen und unter allen Umständen beweisen werden, daß der Einzelne und das Ganze des Vertrauens des Königs und des Vaterlandes würdig war. Berlin, 16. Septbr. 1848."

[Petition an den König.] Es circulirt jetzt hier in vielen Exemplaren folgende Petition an den König:

Majestät!

Die gewaltigen Schwingungen der Zeit, welche jeden Staatsbürger zur Betheiligung an der politischen Entwickelung des Volkes zwingen, drängen die Endes-Unterzeichneten, an Ew. Majestät sich mit folgender Bitte zu wenden:

Das Ministerium Auerswald hat durch seine Erklärung beim Ausscheiden die National-Versammlung in einen Konflikt mit der Krone verwickelt, welcher früher nur zwischen dem Ministerium und der National-Versammlung bestand. Je tiefer die Sympathie für das konstitutionelle Prinzip in dem Herzen des Volks lebt, desto mehr müssen wir bedauern, dasselbe durch obige Thatsache gefährdet zu sehen, und wir halten uns im Interesse der Wahrheit dazu verpflichtet, es Ew. Majestät gegenüber auszusprechen, daß die National-Versammlung unserer Ueberzeugung nach durch den Beschluß vom 9. August resp. vom 7. September ihre Kompetenz nicht überschritten hat. Nur durch die Ausführung dieses Beschlusses kann die Reorganisation des Heeres auf der von Ew. Majestät am 19. März betretenen Bahn volksthümlich weiter gefördert werden.

Zu unserem Leidwesen ist von Ew. Majestät der Abgeordnete v. Beckerath mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt, ein Mann, in dessen Persönlichkeit wir keine Garantie für die Beilegung dieses Konfliktes sehen, durch welches das angefangene Vertrauen in Handel und Gewerke wieder zerstört ist.

Nur ein Ministerium, welches sich auf die Majorität der National-Versammlung, Repräsentantin des souveränen Volkes, stützt, kann das Vaterland dem Zustande entreißen, der bereits alle Klassen der Bevölkerung an der Wurzel erfaßt und die allgemeine Noth bis zum äußersten Grade steigert.

Wir bitten daher Ew. Majestät
den Abgeordneten **Waldeck** mit der Bildung des neuen Ministeriums zu beauftragen,
da er allein unserer Meinung nach im Stande ist, das Staats-Schiff durch die unruhige Brandung der Volksbewegung zu steuern. — Berlin, den 18. September 1848.

[Die Ministerkrisis.] Herr v. Beckerath ist gestern zum ersten Male beim Könige in Sanssouci gewesen und hat demselben in einer mehrstündigen Conferenz sein Programm vorgetragen und erläutert. Was man von dieser Unterredung hört, deutet darauf hin, daß der König, wie bei Wohlunterrichteten auch niemals in Zweifel gestellt werden konnte, von aufrichtigem Willen beseelt ist, die Freiheit des Volkes auf der breitesten Grundlage zu sichern, und daß er daher niemals in eine Zurücknahme der früheren Verheißungen oder in eine Beschränkung der bereits verliehenen Freiheiten willigen werde. Danach ist der Grund oder vielmehr Ungrund der auch heute wieder umlaufenden Gerüchte — von Bildung eines reaktionären Ministeriums, und was sonst von Befürchtungen damit verbunden wird, zu bemessen. (S. Berlin, 19. Sept.) Herr v. Beckerath hat bis jetzt noch keine Veranlassung gehabt, sein Mandat in die Hände des Königs zurückzugeben; er scheint eben so wenig schon jetzt an die Personen gedacht oder sie näher bezeichnet zu haben, welche in das von ihm zu bildende Ministerium eintreten sollen; wenngleich darüber kein Zweifel obwalten dürfte, daß von dem früheren Kabinet kein einziges Mitglied in das neue eintreten wird. Herr v. Beckerath wird im Gegentheil gewiß nicht eher an die Bildung des neuen Kabinets gehen, als bis er sich der Annahme seines Programms Seitens des Königs vergewissert hat, da er, durch frühere Erfahrungen an sich und Anderen belehrt, die Schwierigkeiten, die ein künftiges Ministerium außerdem haben, und durch Rücksprache über jede einzelne Frage sein künftiges Handeln lähmen würde, sich nicht verhehlt haben wird. Daß zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten durch Feststellung eines Programms auch die Ausführung des letzten Beschlusses der Nationalversammlung über den Stein'schen Antrag gehört, versteht sich wohl von selbst. Einstweilen aber scheint Herr v. Beckerath jede Gelegenheit zu benutzen, sich über den Stand der verschiedenen Parteien in der Nationalversammlung so wie ihre An- und Absichten zu unterrichten, so daß, wenn wir uns auch keineswegs die Schwierigkeiten verhehlen wollen, welche der Wahl der rechten Personen entgegenstehen, doch Alles in Allem genommen, der Schluß wohlberechtigt erscheint, Hrn. v. Beckerath werde es in kurzer Zeit gelingen, ein Ministerium zu Stande zu bringen, das, sowie es von einer starken Majorität getragen und gestützt, die Möglichkeit in sich trägt, mit Energie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten zu übernehmen, eben so auch die Gewähr für die Begründung der Volksfreiheiten auf der verheißenen breitesten Grundlage und damit zugleich die Gewäht für Ordnung, welche mit der Freiheit Hand in Hand geht, darbieten wird. (Nat.-Z.)

Berlin, 19. Septbr. [Amtl. Art. des St.-Anz.] Angekommen: Der Oberpräsident der Rhein-Provinz, Eichmann, von Koblenz. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, v. Bonin, von Magdeburg. — Abgereist: Se. Exc. der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am k. würtembergischen Hofe, General-Lieutenant v. Thun, nach Stuttgart. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am k. schwedischen und norwegischen Hofe, Kammerherr v. Brassier de St. Simon, nach Breslau. Se. Exc. der kaiserl. russische wirkliche geheime Rath und Mitglied des Staatsraths, Graf Pahlen, nach St. Petersburg.

□ **Berlin**, 19. September. [Tagesber. des C.-V's.] Der durch die heutigen Zeitungen veröffentlichte Armeebefehl des Generals von Wrangel (siehe oben) hat die hiesige Bevölkerung mitten in der tiefsten Ruhe wahrhaft aufgeschreckt. Obgleich erst seit dem amtlichen Erscheinen jenes Befehls die durch ihn angekündigte, bis dahin nicht entfernt geahnte Maaßregel der Ernennung eines militärischen Chefs der Mark bekannt geworden ist, hat sie sich dennoch mit Blitzesschnelle durch die ganze Stadt verbreitet, und es ist eine große Erregtheit in dem Volke, welches ungeachtet des herbstlich unfreundlichen Wetters auf den Straßen in Gruppen zusammensteht. Heute Abend wird im Volksklubb eine an die Nationalversammlung zu richtende Aufforderung beantragt werden, welche dahin geht, daß die Versammlung sich für souverän erkläre und den Soldaten den Gehorsam gegen die Gewalt des Herrn v. Wrangel als eine usurpirte untersagt. — Noch immer die alten Minister-Conjecturen ohne Halt. Pinder, Dönhoff, Camphausen II., v. Pfuel, Wentzel, Mevissen haben sich bis jetzt noch auf der Liste erhalten. Nichtsdestoweniger läuft in diesem Augenblicke ein Gerücht um, das auch diese Combination als aufgelöst bezeichnet. Sie war die Frucht der Bemühungen des Herrn v. Becke-

rath, und die mühevolle Vereinigung dieser Elemente nur auf Grund eines von Herrn v. Beckerath entworfenen Programmes gelungen, das vom König verworfen ist. — Es cirkulirt heute eine Adresse an den König, die, wie es scheint, aus dem Handelsstande hervorgegangen ist. In derselben wird der König gebeten, Herrn v. Beckerath den ihm ertheilten Auftrag abzunehmen, da zu besorgen stehe, daß das widererwachte Vertrauen im Handel und in der Industrie unter der gefährlichen Halbheit eines v. Beckerathschen Ministerii wieder zu sinken beginne. Nur Entschiedenheit könne das Vertrauen beleben, der König wird deshalb gebeten, den geh. Rath Waldeck mit der Bildung eines Ministeriums zu beauftragen. — Gestern Abend war die Stadt durch einen Soldaten-Exceß in der Nähe der Kaserne des 12. Regiments beunruhigt. Eine Anzahl Reservemänner dieses Regiments hatten in angetrunkenem Zustande mit einem Schankwirth Händel angesponnen. Die Konstabler, welche herzueilten, wurden gemißhandelt, zum Theil verwundet. Als eine Abtheilung Bürgerwehr zum Schutz der machtlosen Schutzmänner heranrückte, machten die trunkenen Soldaten von ihren Waffen Gebrauch und weder die Bürgerwehr, noch die in geordnetem Zuge unter ihrem Offizier heranrückende Kompagnie Soldaten vermochten die Ruhe sogleich wieder herzustellen. Ein Major ist durch seine eigenen Leute erheblich verwundet. Durch eine große Anzahl Leute, die aus der Königsstadt herbeikamen, wo die Anhänger des Herrn Held, diesen durch ein Ständchen gefeiert hatten, wurde der Tumult noch vergrößert. Etwa um 11 Uhr war die Ruhe jedoch wieder hergestellt. — Auf den Antrag des Abgeordneten Dr. Brehmer hat die Central-Abtheilung der konstituirenden Versammlung einstimmig anerkannt, daß es dem staatlichen Verbande obliege, für die Unterstützung solcher Familien, welche bei Zusammenziehung der Landwehr durch Einberufung ihrer Versorger vorübergehend in ihrem Einkommen geschmälert und hülfsbedürftig geworden sind, in dem Sinne Fürsorge zu treffen, daß diese Familien vor Mangel geschützt und vor dem Versinken in Armuth bewahrt werden. Die Abtheilung hat beantragt: das Staats-Ministerium zur Vorlegung eines diesen Grundsätzen entsprechenden Gesetzes nach dem Erscheinen der Gemeinde-Ordnung zu veranlassen. — Unsere Börse war heut sowohl durch den Wrangel'schen Erlaß, als durch allerlei abenteuerliche Gerüchte, vorzüglich aber durch die noch nicht erfolgte Bildung eines neuen Kabinets verstimmt und die Kourse der Fonds und Eisenbahn-Aktien wichen um mehr als 1 pCnt.

Ein Extrablatt der Berliner Zeitungshalle enthält Folgendes: „**Potsdam**, 19. September, Nachmittags 2 Uhr. Das hiesige Militär, Kavallerie, Artillerie und Infanterie, hat in einem Extra-Appell, 1 Uhr Mittags, die strengste Ordre erhalten, sich marschfertig zu machen. Die Soldaten selbst glauben nicht anders, als daß es nach Berlin gehen soll, vielleicht heut Abend oder morgen früh. Denn kein Soldat darf seine Wohnung verlassen; Jeder ist angewiesen, den Befehl geheim zu halten. Fleisch und Reis ist den Leuten geliefert. — Die Offiziere fühlen sich sichtlich stark. — Stehen wir auf einem Krater?"

Wir erfahren jetzt als gewiß (schreibt die Zeitungshalle), daß folgende Minister-Kombination zu Stande gekommen sei:

v. Pfuel, Premier,
v. Bonin, Inneres,
Eichmann, Kultus,
Wentzel, Justiz,
v. Dönhoff, Auswärtiges;

also vollständig reaktionär.

[Herr Kühlwetter Vice-Deputirter.] Der Expolizeiminister Kühlwetter ist am 14. für den Kreis Minden zum Stellvertreter des Abgeordneten Krüger für die Berliner konstituirende Versammlung gewählt worden. Der Abgeordnete hat sofort die Einberufung seines Stellvertreters beantragt.

[Schuldeputation bei Ladenberg.] Bekanntlich hat das Ministerium unterm 26. August eine baldige Einberufung einer von den Lehrern durch Wahl zu bildenden Schulkommission zur Berathung über Reform der höheren Lehranstalten in Aussicht gestellt. Nun haben die vereinigten Berliner Gymnasial- und Realschullehrer Herrn v. Ladenberg durch eine Deputation eine Petition am 15. September überreicht, in welcher das Ministerium ersucht wird: 1) Um angemessene Erhöhung der Zahl der Einzuberufenden etwa in der Art, daß von je dreißig Lehrern ein Abgeordneter gewählt werde. 2) Um Aufhebung der besonderen Bestimmung hinsichtlich der Wahl. 3) Um Wahlberechtigung und Ertheilung der Befugniß zur Wählbarkeit für die nicht definitiv angestellten Hülfslehrer, die in den betreffenden Anstalten unterrichtenden Elementarlehrer und die Kandidaten des höheren Schulamts." — Hr. v. Ladenberg empfing die Deputation obwohl unpäßlich, sehr freundlich. Nach Anhörung der Petition theilte er der Deputation mit, daß er annehmen müsse, es gehe dieselbe von der falschen Unterstellung aus, als würden die Berufenen eine irgendwie beschließende Versammlung bilden. Da vielmehr das Ministerium sich lediglich eine Information durch jene Berufung zu verschaffen bezweckt habe, sich also durch eine Ansicht der Majorität nicht mehr verbunden erachte, als durch die der Minorität, so sei sowohl die Beschränkung der Wahlfreiheit zu Gunsten der Direktoren durch die Nothwendigkeit gerechtfertigt, deren Erfahrungen zu benutzen, als sich die Ausschließung der nicht definitiv angestellten Hülfslehrer und der Schulamtskandidaten aus deren Mangel an Erfahrung motivire. Eine größere Zahl aber von Lehrern zu berufen, verbiete die Rücksicht auf die hierdurch vermehrten Kosten. — Auf weitere Bemerkungen Seitens der Ueberreicher der Petition eröffnete ihnen Hr. v. Ladenberg, daß es jedenfalls den Lehrern freistehen würde, ihre Abgesandten mit Instruktionen zu versehen, und sich durch einen Ausschuß mit ihnen in Verbindung zu erhalten; daß, wenn die Hülfslehrer und Kandidaten ihre Wünsche und Vorschläge einreichen wollten, die Regierung für deren Berücksichtigung Sorge tragen würde; was endlich die Elementarlehrer an den höheren Unterrichtsanstalten betreffe, so sei einmal die fernere Verbindung der Elementarklassen mit den höheren überhaupt zweifelhaft, andererseits auch nicht anzunehmen, daß durch diese Lehrer ein neues Material den Berathungen der Kreis-Konferenzen zugewandt werden würde. — Herr v. Ladenberg fügte hinzu, daß die Regierung den Berufenen die freie Wahl ihres Vorsitzenden überlassen werde und entließ die Deputation mit der Zusage einer motivirten Antwort. (Nat. Z.)

Potsdam, 18. Septbr. [Truppen-Einzug.] Am Sonnabend Mittag rückte die dritte Jäger-Abtheilung, deren frühere Garnison Lübben gewesen, von Schleswig-Holstein kommend, hier ein; dieser Truppentheil bleibt vor der Hand in Garnison hier. Heute Vormittag um 9 Uhr kam das Füsilier-Bataillon des Kaiser Alexander Grenadier-Regiments ebenfalls von Schleswig-Holstein hier durch; sie waren auch mit Blumen und Freudensbezeigungen am Thore und durch die Stadt empfangen worden und marschirten geschmückt in den Lustgarten ein, wo sie von Sr. Majestät dem Könige empfangen worden. Der König hielt an die Truppen eine gleiche Willkommens- und Dankesrede wie an das erste Bataillon des Regiments am Sonnabend. Sowohl das Füsilier-Bataillon wie die Jäger-Abtheilung marschirten darauf in Parade vor Sr. Majestät vorbei. Sämmtliche kgl. Prinzen wohnten dieser Parade bei. Nach der Parade marschirte das Füsilier-Bataillon gleich weiter in die Gegend von Mittenwalde. (Voß. Z.)

Posen, 18. September. [Der Bazar.] Vor einiger Zeit ist nun auch der Bazar der Polen, der als gefährlichster Heerd der politischen Bewegungen am 21. März d. J. von preußischen Truppen besetzt worden war, und seitdem ununterbrochen als städtische Kaserne gedient hatte, von seinen kriegerischen Bewohnern wieder geräumt worden. Bei der Besitznahme durch das Militär ist man nicht darauf bedacht gewesen, das werthvolle Mobiliar der Säle und Zimmer an einen Ort zusammenzustellen, und so ist es natürlich den unausbleiblichen Folgen dieser Art von Benutzung nicht entgangen. Dadurch geschieht es, daß der verantwortliche Verwalter des Bazar, Herr Griesinger, der denselben auf eine Reihe von Jahren von der Aktiengesellschaft gepachtet hat, nun eine vier- oder gar fünffache Entschädigungs-Forderung aufstellt. Er hat durch eine Kommission von Sachverständigen die Taxen entwerfen lassen, und die Totalsumme der geforderten Entschädigung soll darnach die Höhe von 18,000 Rthlr. erreichen. Herr Griesinger wird sich mit seinem Begehren zunächst an die städtische Behörde halten, diese aber jedenfalls ihren Regreß an den Fiskus nehmen. (Pos. Z.)

Halle, 18. Sept. [Verbrüderungsfest.] Zu dem gestern hier stattgefundenen Verbrüderungsfeste hatte sich eine zahllose Menge von nah und fern eingefunden; ganze Züge langten auf den Eisenbahnen aus Leipzig, Merseburg, Delitzsch, Weißenfels, Osterfeld, Zeitz ꝛc., Deputationen unter Anderm aus Berlin, Braunschweig, Bernburg ꝛc. an. Einheit des Vaterlandes und deutsche Freiheit war das Losungswort der Redner; Dr. Ruge ließ sich von der Versammlung beauftragen, in der deutschen Nationalversammlung auf eine Fürstenversammlung zu dringen, damit die Fürsten sich auch einigten und Einen aus ihrer Mitte zum alleinigen Regenten Deutschlands bestellten.

Köln, 16. September. [Tagesbegebenheiten.] Herr von Wittgenstein, der Kommandeur der hiesigen Bürgerwehr, hat gestern diese Stelle niedergelegt, indem zwei Drittheile des Corps erklärt hatten, daß dieselbe mit dem von ihm bekleideten Amte des Regierungspräsidenten unvereinbar sei. — Gestern Abend fanden Versammlungen des demokratischen und des Bürgervereins statt. Ueber die Ereignisse der letzteren Tage wurde viel debattirt, am bemerkenswerthesten dürfte indeß sein, daß in dem demokratischen Verein das Verhalten des von Köln nach Berlin gewählten Deputirten Erzbischofs von Geissel laut gemißbilligt und der Abgeordnete von mehr als 3000 Anwesenden ausgezischt und ausgepfiffen wurde. Den Hauptrednern in beiden Vereinen wurde Abends ein Hoch gebracht. — Die Ordnung in unserer Stadt ist gänzlich hergestellt. Von dem Sicherheitsausschuß hört und sieht man nichts, bis jetzt ist nicht einmal ein Namensverzeichniß der gewählten Mitglieder veröffentlicht worden. — Das Füsilier-Bataillon des 27. Infanterie-Regiments liegt noch in den Forts, unmittelbar vor den Thoren der Stadt. Nach einem Bataillonsbefehl wird das Betreten der Stadt mit einem sechstägigen strengen Arrest bestraft. In den nächsten Tagen wird das Bataillon wahrscheinlich nach einer andern Stadt verlegt werden, da der jetzige Aufenthaltsort den Soldaten aus dem Grunde zu kostspielig wird, daß ihnen alle Bedürfnisse hinausgeschafft werden und sie dieselben dann verhältnißmäßig zu theuer bezahlen müssen. (Magdeb. Z.)

Deutschland.

G **Frankfurt a. M.**, 16. Septbr. [Schluß der Debatte über den Waffenstillstand.] Die Verwerfung des Waffenstillstandes ist nicht angenommen; sie fiel bekanntlich mit 237 gegen 258 Stimmen durch. Aber ist seine Bestätigung angenommen? Auch das nicht. Wie halb die Gesinnung der Majorität ist und wie sie den Waffenstillstand in Wahrheit nicht billigen konnte, aber nicht zu verwerfen wagte, ersieht man aus dem mit 257 gegen 236 Stimmen angenommenen Antrage (gestellt von Francke, Droysen, Michelsen, Neergard):

Die Nationalversammlung beschließt:

1) Die Vollziehung des Waffenstillstandes zu Malmö vom 26. August d. J., soweit solcher nach der gegenwärtigen Sachlage noch ausführbar ist, nicht länger zu hindern.
2) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, die geeigneten Schritte zu thun, damit auf den Grund der, dänischer Seits amtlich erklärten Bereitwilligkeit über die nothwendigen Modifikationen des Vertrages vom 26. August dieses Jahres baldigst eine Verständigung eintrete.
3) Die provisorische Centralgewalt aufzufordern, wegen schleuniger Einleitung von Friedensverhandlungen das Erforderliche wahrzunehmen.

Alle Gründe der bisherigen Debatte konnten uns die Bedingungen des Vertrages in kein günstiges Licht stellen; auch die der heutigen Sitzung konnten es nicht; sie trugen nur dazu bei, diesen Vermittelungsantrag in seiner Mangelhaftigkeit darzustellen. Namentlich müssen wir dafür dem Herrn v. Vincke dankbar sein. — Der gewandte Redner stellte sich wieder auf seinen berühmten Standpunkt des Rechts. Von diesem aus fand er den Waffenstillstand durchaus günstig; er sichere, was die Herzogthümer rechtlich hätten verlangen können; rechtlich habe Dänemark nur mit dem deutschen Bunde, nicht mit der Centralgewalt unterhandeln können; rechtlich sei die Verantwortlichkeit der Vollmacht bei dem Reichsministerium, nicht bei dem preußischen Kabinete; denn dieses habe nur die in derselben gestellten Bedingungen zu erfüllen gehabt, und das habe es gethan, zwar nicht buchstäblich, aber wesentlich, da — der Waffenstillstand sichere, was man rechtlich habe erlangen können. „Zwar nicht buchstäblich, aber wesentlich" — ist das auch der berühmte Rechtsstandpunkt? Wo man auf das „Wesentliche", auf das Wesen der Dinge eingeht, da liegt „das Rechte" in der Sache selbst und ist nicht an ein „Recht" gebunden. Wenn uns hierin der Rechtsstandpunkt gegen die Demokratie der Nationalversammlung weniger glücklich scheint, als er es war gegen den Absolutismus des vereinigten Landtages, so müssen wir ihm doch vollkommen beistimmen in seiner Kritik der Halbheit des angenommenen Antrages. Ist das ein Beschluß von völkerrechtlicher Bedeutung, einen Vertrag „nicht zu hindern"? Sind das rechtliche Bestimmungen: „so weit ausführbar" und „nothwendige Modifikationen"? So verwarf Vincke alle vermittelnden Modifikationen: entweder ganz annehmen oder ganz ablehnen! Darauf machte der Redner einen Ausfall gegen die Leute, welche „den loyalen Widerstand" so leicht nähmen und verspotteten; das sei nicht so leicht, als Revolution zu machen, dazu brauche man Seelenstärke, um die Verfolgungen von oben und die Schmähungen von unten zu ertragen; mit Würde nahm er sich deshalb namentlich Dahlmann's an, dem Vogt aus Gießen etwas leichtsinnig seine früheren Ehrenbecher und die Huldigung ganz Deutschlands zum Vorwurf gemacht hatte. Endlich widerlegte er die Behauptung, durch Verwerfung des Waffenstillstandes werde nicht ein Bruch mit Preußen herbeigeführt, sondern nur eine Ministerkrisis innerhalb seines konstitutionellen Staates; dagegen sagte Vincke, für einen völkerrechtlichen Vertrag, den das Ministerium im Namen des Staates geschlossen, müsse der Staat einstehn und Wechsel der Minister könne keinen Wechsel der Verträge mit sich führen. Allein wenn der geehrte Freiherr Recht hat, so gilt das doch nur für den konstitutionellen Staat; und wenn solche Vermittlungen eintreten, so liegt die Schuld davon — im konstitutionellen System! Daß Vincke sich unbedingt auf die Seite Preußens stellte und auf ihm nicht den ge-

ringsten Vorwurf wollte haften lassen, versteht sich wohl von selbst; wir finden nur eine Aeußerung bemerkenswerth: „Es ist nicht wahr, daß Preußen nicht deutsch genug sei, es war zu deutsch, als es sich nicht an die Spitze Deutschlands stellte, um dem Hause Habsburg den Vorrang zu lassen.“ — Die Debatte schien erschöpft zu sein und es war auch Lichnowski und selbst Blum nicht mehr möglich, neue bedeutungsvolle Seiten der Betrachtung aufzufinden. Trotzdem bot Simon von Trier noch interessante Punkte dar, namentlich indem er Preußens Verhalten von der Seite betrachtete, als es die „Zärtlichkeit für die dynastischen Interessen“ sei, welche lieber die Selbstständigkeit deutscher Brüder aufgäbe, als die Vortheile eines fremden Monarchen gefährde. Ludwig Simon repräsentirte die äußerste Linke in seiner Rede mit bestem Eindruck; er ließ sich weder durch die rechtlichen Einwände noch die politischen Bedenken beirren, sondern stellte sich auf seinen prinzipiellen Standpunkt: die Volkssouveränetät muß diese Frage lösen; wer von den Schleswigern deutsch sein will, der muß es sein können; wer dänisch sein will, der mag es bleiben. „Und wenn die Volkssouveränetät so diese Frage löst, dann wollen wir sehen, ob wir uns vor den fremden Kabinetten zu fürchten haben, ob selbst Cavaignac es wird verantworten können, uns entgegenzutreten!“ — Nachdem die Debatte von 9 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags gedauert hatte, wurde der Schluß beschlossen. — Präsident Gagern will noch die Minister reden lassen. Die Linke stürmte dagegen. Gagern äußerte, er habe nicht geglaubt, daß die Leidenschaft so weit gehe, daß sie nicht die Vertheidigung erlaube, und nach dem Gesetz über die Centralgewalt hätten die Minister das Recht, das Wort zu nehmen, und die bisherigen Minister müßten das haben, so lange kein neues Ministerium bestände. — Aber handelte es sich denn um die Minister und nicht vielmehr um den Waffenstillstand? eine Vertheidigung der Minister ist am Ort, wo sie angeklagt sind. Und wenn sie Minister-Rechte in Anspruch nehmen, so mußten sie auch die Pflichten erfüllen, den Beschluß ausführen, der jetzt seit 13 Tagen ruht! — Minister Heckscher glaubte es seiner Person schuldig zu sein, noch einmal eine Stunde lang die Versammlung von seinem Muthe, seiner Ehre, Entschiedenheit u. s. w. zu unterhalten. Er war dabei aber so taktlos und sagte der Versammlung solche Beleidigungen ins Gesicht, daß er erst einmal zur Ordnung gerufen werden mußte und daß dann, nach ähnlichen Aeußerungen, Heinrich Simon verlangte, daß ihm das Wort genommen werde. Bei der Abstimmung darüber wurde ihm jedoch gestattet, weiter zu reden. Wie matt aber dieses Ministerium war, ging jetzt erst recht aus der matten Vertheidigung hervor. Den Nutzen dieses Waffenstillstandes sah der Herr Minister in der Eröffnung von Handel, Industrie, Verkehr u. s. w. — als wenn das ein Vorzug dieses Waffenstillstandes wäre, und nicht ein jeder, auch der schimpflichste, diesen Vortheil bieten müßte! „Achten Sie es nicht zu hoch, sagte er unter Anderem, daß einige konstitutionelle Rechte der Herzogthümer nicht gewahrt sind, die Bedingungen sind ja nur vorläufig!“ Und doch ist ein neues Ministerium Heckscher nach der Stimmung der Versammlung nicht unmöglich, und wenn er selbst nicht wieder Minister wird, so ist daran nicht seine Politik, sondern nur seine Persönlichkeit schuld. Das alte Ministerium, das wegen des Beschlusses der Sistirung voreilig abgedankt hatte, hat heute wieder vollständig gesiegt. Schon war der Reichsverweser zum entschiedensten Ministerium entschlossen, jetzt stehen uns Heckscher, Schmerling und Konsorten wieder in Aussicht. — Zur Abstimmung waren 3 Anträge gestellt: 1) der der Majorität des Ausschusses:

1) der Malmoer Waffenstillstand vom 26. August wird von der deutschen National-Versammlung nicht genehmigt;

2) das Reichs-Ministerium wird aufgefordert, die zur Fortsetzung des Krieges erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, sofern die dänische Regierung sich nicht bereitwillig finden sollte, die Friedensunterhandlungen mit der Centralgewalt des deutschen Bundesstaates sogleich zu eröffnen.

E. M. Arndt. Rob. Blum. H. R. Claussen. Cucumus. F. Dahlmann. Esmarch. Höfken. Hans Raumer. Stenzel. Wilhelm Adolph v. Trützschler. C. W. Wippermann. C. F. Wurm.

Kurz vor der Abstimmung wollten die Antragsteller den 2. Theil, die Kriegserklärung zurückziehen; allein es war zu spät, und die Rechte, mehr gesetzlich als billig, wollte es nicht zugestehen. So fiel der Antrag durch, da gegen 20 Stimmen des linken Centrums (Würtemberger Hof) zurücktraten und selbst Arndt und Waitz von demselben abfielen, welcher letzterer ihn am Ausgezeichnetsten vertheidigt hatte. Bei der zweiten Abstimmung wurde der oben abgedruckte Francke'sche Vermittelungs-Antrag angenommen, obgleich einige von der äußersten Rechten, z. B. Vincke, gegen denselben stimmten. Endlich wurde noch über den Antrag der Minorität des Ausschusses abgestimmt, für den Vincke und Konsorten stimmte, aber er fiel mit 165 gegen 205 Stimmen; er lautet:

I. Die deutsche National-Versammlung beschließt:

Im Hinblick auf eine durch die königl. preußische Regierung vermittelte Erklärung der dänischen Regierung, daß sie auf das Eintreten des Grafen Carl v. Moltke-Nütschau in die interimistische Regierung der Herzogthümer Schleswig-Holstein verzichte, und auf Modificationen und Concessionen, welche für die Ruhe der Herzogthümer wünschenswerth erscheinen, bereitwillig eingehe;

In der Voraussetzung, daß die Erklärung der dänischen Regierung auch für das Herzogthum Lauenburg zu verstehen sei;

In der Voraussetzung, daß die erwähnten Zusagen sofort durch Vermittelung der Centralgewalt in Erfüllung gehen werden;

1) daß der Waffenstillstand vom 26. August l. J. ihrerseits nicht weiter beanstandet werde;

2) daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark durch die provisorische Centralgewalt direkt und unverzüglich zu eröffnen seien.

II. Die National-Versammlung beschließt:

Daß sie nach Einsicht der Verhandlungen über die Verhältnisse Deutschlands zu Schleswig, vom 2. April bis zum 26. August l. J., den Ausschuß für Central-Gewalt beauftrage, über das von der preußischen Regierung der provisorischen Centralgewalt gegenüber eingehaltene Verfahren der National-Versammlung zu berichten.

Duncker. Flottwell. Max Gagern. Gombart. Mayern. Schubert. Stedmann. Würth. Zachariae. Zenetti.

Die Sitzung war erst nach 8 Uhr zu Ende.

Frägt man, wie die Majorität für jenen Beschluß möglich war, so müssen wir die Schuld davon erstens der Partei derer zuschreiben, die offen den Separatismus und namentlich den preußischen, und die Macht der Dynastien überhaupt aufrecht erhalten wollen, und die z. B., während die National-Versammlung die Orden abgeschafft hat, wie Fürst Lichnowski sich Adler-Orden aus Berlin kommen lassen; zweitens aber hauptsächlich der Unentschiedenheit der Centren, die sehr wohl das Gute wissen und wollen, aber politisch, staatsmännisch sein und die Umstände erwägen zu müssen glauben. Doch scheinen uns diese Herren zu vergessen, daß „die Umstände erwägen“ nicht heißt, die Umstände Herr über sich werden zu lassen, sondern mit Besonnenheit sie überwinden; und sie scheinen ferner zu vergessen, daß die „Umstände“ nicht nur von oben kommen, sondern auch von unten, und daß der Staatsmann nicht nur die zähe Weigerung der Fürsten, sondern auch den ungestümen Drang des Volkes zu erwägen hat.

Indem ich dieses schreibe, beginnt auf den Straßen Tumult. Am Ausgange aus der Paulskirche hat das Volk die Mitglieder der Linken mit Jubel empfangen und auf die Schultern gehoben. Vincke und Heckscher haben sich unbemerkt entfernen müssen. Die 3 Fraktionen der Linken zu Westendhall, im deutschen Hofe und im Donnersberge hatten sich so eben im deutschen Hofe versammelt; 5 Deputationen der hiesigen Vereine, des Montagskränzchens (Bürgerverein), des demokratischen und des demokratisch-republikanischen Klubbs, des Handwerkervereins und der Turngemeinde, begaben sich dorthin und frugen an, was man thun werde. Blum und Ludwig Simon sprachen unter ungeheurem Zulauf der Menge; sie äußerten, daß man zweifelhaft sei, ob man sich permanent erklären und einen Konvent bilden oder ausscheiden solle. Wahrscheinlich wird beides nicht geschehen! Die Masse wälzt sich jetzt von dort nach dem englischen Hofe, wo die Rechte sich versammelt. Es scheint noch bedeutender Tumult erstehen zu wollen.

Nachts 1 Uhr. Es hat wirklich sehr argen Tumult gegeben. Der englische Hof, Westendhall, wo ein Lesekabinet aller Abgeordneten ist, und heute Abend ein Banket der Rechten sein sollte, und die Wohnung Heckschers, das Hotel des Banquiers Bethmann, sind mehr oder weniger demolirt. Einzelne Mitglieder der Rechten sollen schmachvoll gemißhandelt sein. Das Volk ist im höchsten Grade aufgeregt. Das Landvolk in Thüringen, Franken und Schwaben ist überall revolutionär gesinnt. Auf jedem Dorfe ist eine uniformirte Bürgerwehr von mehreren hundert Mann errichtet. Da es hier kein Proletariat giebt, so giebt es auch keine konservative Aristokratie der besitzenden Bauern, sondern Alles ist republikanisch. „Nach der Ernte wird es losgehen,“ heißt es schon immer hier; jetzt hört man: „Bis wir nit wieder einmal dreinschlage, wird's nit besser mit den Parlamentern, die alle Tag 6000 Gulde koste.“ — Die National-Versammlung hat durch diesen letzten Beschluß unberechenbar an Sympathie verloren, nicht nur beim sogenannten „Volke“, sondern auch bei den besonnenen Politikern, welche hofften, daß es in der Frage der deutschen Einheit die entschiedene Stellung einnehmen werde, die es in der Verfassungsfrage nicht glaubte einnehmen zu können. Auch wir müssen sagen, daß das Parlament, wie es sich namentlich heute dargestellt hat, den allgemeinen Drang des Volkes nicht vertritt!

G **Frankfurt a. M.**, 17. September, Mittags 3. Uhr. Es ist ruhig. Die fünf Vereine der Stadt haben eine Volksversammlung auf diese Stunde berufen. Von allen Seiten strömt das Landvolk herein. Als Kuriosum, aber als charakteristisch, theile ich Ihnen mit, daß im Arbeiterverein alles Ernstes beantragt ist, man solle die vier Unterzeichner des angenommenen Antrages, Francke, Droisen, Michelsen, Neergard, welche alle vier Deputirte aus Schleswig-Holstein sind, gebunden ihren Kommittenten überliefern! — Ueber das neue Ministerium hört man noch nichts. Hermann, der mit der Bildung desselben beauftragt war, hat bereits vorgestern dieses Mandat niedergelegt.

Dem Vernehmen nach ist gestern ein Bericht des General v. Wrangel an die Reichscentralgewalt eingegangen, in welchem derselbe die dem Waffenstillstande entsprechende Dislocation des deutschen Heeres, die Verlegung einiger süddeutschen Truppentheile nach Schleswig, den Rückzug der Preußen, Mecklenburger und Hannoveraner über die Elbe, und die Niederlegung seines Commandos als Oberbefehlshaber anzeigt und zur Kenntniß bringt, daß er dem von Sr. Majestät dem Könige von Preußen erhaltenen Befehle gemäß sein Hauptquartier in Potsdam nehmen werde. (O. P. A. Z.)

[Allgemeiner deutscher Arbeiter-Congreß.] Man beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung mit Berathung der Verhältnisse der Lehrlinge, Gesellen und Meister. Der Referent, Professor Winckelblech, bemerkte, daß die in dem genannten Tit. der Meister-Gewerbe-Ordnung vorkommenden Bestimmungen allerdings für die betheiligten Personen von großen Interesse seien, vom allgemeinen volkswirthschaftlichen Standpunkt aber sich wenig darüber sagen lasse, weshalb er glaube, daß die gesetzgebenden Behörden diesen Theil der Gesetzgebung gradezu nach dem Wunsche der Gewerbtreibenden selbst einrichten würden. Der allgemeine volkswirthschaftliche Grund, welcher sich für die wichtigste Bestimmung, die Meisterprüfung der Handwerker, anführen lasse, sei der, daß durch sie der Kapitalmacht und zwar für eine sehr wichtige und ausgedehnte Klasse der Gesellschaft entgegengewirkt werde, weshalb er, für seine Person, sich auch dafür aussprechen müsse; die Einzelnheiten seien ganz nach den vorberathenden Beschlüssen der Versammlung gefaßt, weshalb die Kommission erwarten könne, daß die von ihr redigirten Artikel ohne lange Diskussion angenommen werden würden. — Was den Inhalt dieses Kommissionsberichts anbelangt, so können wir um so kürzer darüber hinweggehen, weil derselbe nur ein spezielles Interesse gewährt. Man beschloß, daß die allgemeine Schulzeit bis zum 14. Jahre gehen, für das 15. Lebensjahr eine Handwerksschule eingerichtet, und erst nach Beendigung des 15. Jahres der Lehrling in die Lehre treten solle. Die Dauer der Lehrzeit wurde auf 2—3 Jahre festgesetzt, die Entlassung aus der Lehre aber von der Anfertigung eines sogenannten Gesellenstücks abhängig gemacht. Das von den Meistern vorgeschlagene Arbeitsbuch für die Gesellen wurde verworfen; die Wanderzeit ist gesetzlich vorgeschrieben. Die Kündigungsfrist für Handwerker auf 8 Tage und für Fabrikarbeiter auf 4 Wochen, und die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden festgesetzt. Das Verbot gegen das Arbeiten der Handwerksgesellen in den Fabriken wurde nicht angenommen, dagegen eine Reihe von Bestimmungen für die Meisterprüfung getroffen, welche darauf hinzielen, dieselbe möglich unparteiisch und wenig kostspielig zu machen. Die ganze sowohl theoretische als praktische Prüfung soll nicht über 10 Tage dauern, und die erstere auf Grund eines gesetzlich vorgeschriebenen Lehrbuchs vorgenommen werden. Der Prüfungsrath soll von allen volljährigen Innungsmitgliedern erwählt werden und aus zwei Examinatoren und 5 Geschworenen bestehen. Die Zurückgewiesenen sollen erst nach Verlauf eines halben Jahres geprüft werden, aber sogleich an einen andern Prüfungsrath appelliren können. (F. J.)

Leipzig, 17. September. [Die Volksversammlung] fand heute am Exerzierplatz in Gegenwart von mehreren Tausenden statt. Es wurde unter anderem beschlossen: „Das Ministerium und die Kammern, als ihrer hohen Aufgabe nicht gewachsen, mögen sich sofort auflösen und einer verfassungsgebenden Versammlung nach dem vom Volksausschuß entworfenen provisorischen Wahlgesetz Platz machen. Die Beschlüsse der Nationalversammlung sind dem Volke zur Bestätigung vorzulegen. — Entsprechen Ministerium und Kammern diesen Forderungen des Volkes nicht, so sind die Steuern zu verweigern und der König aufzufordern, nach Entlassung des jetzigen Ministeriums Oberländer die Bildung eines neuen aufzutragen, die Kammern aufzulösen und nach dem neuen provisorischen Wahlgesetz die Nationalversammlung binnen vier Wochen einzuberufen.“ (Leipz. Z.)

Chemnitz, 16. Sept. [Weitere Maßregeln gegen Ruhestörungen. Eisenbahn.] Heute sind die möglichsten Vorkehrungs-Maßregeln gegen neue Ruhestörungen getroffen worden. Es stehen zwei Compagnien Communalgarde auf der Wache, das Schützen-Bataillon hält sich in Bereitschaft, desgleichen eine

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 221 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 21. September 1848.

(Fortsetzung.)

Schwadron Kavalerie und eine Compagnie Linie ist bereit. Um 5 Uhr waren die Markttagsbuden auf dem Markte größtentheils weggeräumt. Heute ist der vom Stadtgericht erlassene Verhaftsbefehl gegen Kieselhausen vollzogen worden. Advokat Böttcher, gegen den ebenfalls ein Verhaftsbefehl vorlag, hat sich aus Chemnitz entfernt. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich nun, einschließlich dreier einstweilen wieder entlassener Individuen, auf 42. — Heute ist die mit Ueberreichung der Eisenban-Petition beim Gesammtministerium beauftragte Deputation zurückgekehrt und hat die Nachricht mitgebracht, daß die Regierung allerdings die Bahn zu übernehmen gesonnen, daß aber die Vorlage auf dem jetzigen Landtage nicht möglich sei, sondern vom nächsten ordentlichen Langtag erst die Erfüllung unserer Hoffnungen und Wünsche zu erwarten stehe. — Heute fand die erste Probefahrt auf der Chemnitz-Riesaer Eisenbahn von Chemnitz nach Mittweida und zurück statt. Man fuhr Nachmittags 2 Uhr in 41 Minuten nach Mittweida und nach einem Aufenthalte daselbst in 40 Minuten wieder zurück.

(Chemn. Bote.)

Schleswig-Holstein'sche Angelegenheiten.

F. **Hamburg**, 18. September. Mit der aus Frankfurt heute Abend eingetroffenen Nachricht, daß der Waffenstillstand mit 20 Stimmen Majorität angenommen, bringen uns gleichzeitig die halboffiziellen Kopenhagener Blätter die ebenfalls hochwichtige folgenschwere Mittheilung, **daß Dänemark auf die von Deutschland beanspruchte Moderirung einiger Artikel der Convention nicht eingehen, sondern sich ferner an die ursprüngliche Fassung der mit Preußen abgeschlossenen Waffenstillstandskonvention halten wolle.** Der Kammerherr von Reedtz und der berüchtigte Graf Karl Moltke sind beim Könige in Sonderburg, und der erstere soll sich sogar Mühe gegeben haben, das dänische Kabinet für die Modifikation der beregten Artikel der Convention günstiger zu stimmen. Dies ist nicht gelungen.*) Obige Mittheilung ist aus einer angeblich von einem dänischen Diplomaten geschriebenen Korrespondenz aus Sonderburg, welche Fädrelandet in seiner neuesten Nummer bringt, und wir beeilen uns, Ihnen solche mitzutheilen. Uebrigens wird dies noch auf privatlichem Wege nach zuverlässigen Briefen aus Kopenhagen vom 16. d. M. bestätigt. Es scheint fast, als wenn Dänemark dahin streben wollte, einen allgemeinen Krieg zu entzünden, um mit Eclat unterzugehen oder in die Arme Rußlands zu fallen.

Bremen, 18. September. [Dänische Fregatten vor der Weser.] Eine sehr auffallende Nachricht wird von Bremerhaven gestern gemeldet. Kapitän Poppe von der Br. Bark „Florian," der am 17. in Bremerhaven ankam, berichtet, vier dänische Fregatten und ein dänisches Kriegsdampfschiff nahe vor der Weser gesehen zu haben. Die Erklärung, mit welcher man in Hamburg die Anwesenheit der „Bellona" auf der Elbe zu deuten sucht, scheint denn doch nicht auszureichen und man wird in der Anwesenheit dieser dänischen Kriegsschiffe wohl eine politische Absicht erkennen müssen. (Weser Ztg.)

Oesterreich.

□ **Wien**, 19. September. [Tagesber. des C.-B's.] Die gestern im Odeon stattgehabte Versammlung der mit der akademischen Legion sympathysirenden Garden, Bürger und Bewohner Wiens war von etwa 9000 Personen besucht. Student Willmer, als unermüdliches Mitglied des ehemaligen Sicherheitsausschusses wohl bekannt, hielt eine feuervolle Rede, die von den gleichgesinnten Anwesenden mit außerordentlichem Beifalle aufgenommen ward. Ihm folgte ein Gardist, der die Nothwendigkeit darlegte, sich in der Stunde der Gefahr mit einem besonderen Abzeichen zu versehen. Selbes sollte nicht jederzeit getragen, sondern nur im geeigneten Augenblicke aufgesteckt werden. „Dadurch," meint das radikale Journal, die Constitution, „erwachse der demokratischen Partei ein förmlich organisirtes Heer." Ohne Zweifel sind die Anhänger der demokratischen Partei nicht nach Abtheilungen gegliedert, sondern sie befinden sich in den Kompagnien sämmtlicher Bezirke bunt vertheilt. Die Aufsteckung des Abzeichens könnte deßhalb nur dann statthaben, wenn die betreffenden Anhänger der Legion sich bereits von ihren Abtheilungen ausgesondert haben würden. Es ist sicher, daß durch diesen Beschluß eine Reihe von Zweifeln und Spaltungen hervorwachsen wird. Der Gegenstand wird der Debatte noch unendlichen Stoff darbieten. Noch sprach der bekannte Agitator Dr. Tausenau, der die ungarischen Deputirten beim Volke aufführte. Das Thema, welches er auch diesmal variirte, war der Satz, daß die Freiheit Oesterreichs und Wiens mit Ungarn stehe und falle. — Heute verlangte die ungarische Deputation im Reichstage vorgelassen zu werden. Die Redner der Opposition, Borrosch, Brestel, Goldmark ꝛc. sprachen für die Zulassung, von der Gegenseite, namentlich die Böhmen, darunter am energischsten Rieger, für die Zurückweisung. Die Debatte war sehr reich an nationalen Rekriminationen und gestaltete sich einmal so heftig, daß die Sitzung auf eine halbe Stunde suspendirt werden mußte. Dr. Löhner hielt einen blumenreichen, nach Lamartinescher Methode duftenden Vortrag, wobei er im Interesse der Humanität und der Gleichberechtigung aller Nationalitäten auf die Zulassung, den hemmenden Normen der Geschäftsordnung zum Trotze antrug. Bis 1 Uhr war in der hochwichtigen Frage noch Nichts entschieden, und bis dahin hatte auch kein Minister gesprochen. Das Ministerium hatte einstweilen jedem Deputirten einen Abdruck seiner Staatsschrift bezüglich der Verhältnisse Oesterreichs und Ungarns, worin es sich unumwunden für die strenge Aufrechthaltung der pragmatischen Sanktion, und somit für die Ansprüche der Kroaten erklärt, überreichen lassen. Sollte die Deputation zugelassen werden, so wäre dies ein empfindlicher und schwer zu verbessernder Schlag für die Politik des Ministeriums. — Eben entwickelt ($4^1/_4$ Uhr) Minister Bach die Politik des Ministeriums in den ungarischen Angelegenheiten. Die ungarische Deputation wird schwerlich vorgelassen werden.

Börse: 5proc. $79^3/_4$; 4proc. 64; Bankakt. 1090; Nordb. $105^1/_2$; Mailand 73; Gloggnitz $95^1/_2$; Pesth $64^1/_2$; Livorno 66.

L **Wien**, 19. September. [Höchst wichtige Reichstag-Sitzung. — Ungarische Parteien.] Die ungarische Deputation mit dem gewesenen Justizminister Deak an der Spitze, hat endlich ihre eigentliche Sendung näher formulirt und gestern dem Präsidenten Strobach die Mittheilung gemacht, daß sie dem Reichstage eine Adresse im Namen des ungarischen Volkes zu überreichen wünsche. Sie erhielt zur Antwort, daß die Geschäftsordnung ausdrücklich dem Reichstage, als einem konstituirenden aber nicht administrirenden Körper verbiete, Korporationen aufzunehmen. Die ungarischen Deputirten haben nun die Linke unseres Reichstages mit ihrer Sache betraut und Sierakowski und Feodorowitsch haben heute die Sache zur Sprache gebracht *). Noch ist es nicht entschieden; Löhner und Schusalka haben die Partei der Ungarn genommen. Das Centrum und die Rechte schließen sich der Ansicht des Präsidenten an. Wahrscheinlich wird Sierakowski's Antrag durchfallen, wohl aber Feodorowitsch's vermittelndes Amendement angenommen werden, und der Reichstag aus seiner Mitte ein Komité ernennen, die ungarische Deputation zu empfangen und ihre Beschwerden oder Bitten dem Reichstage vorzulegen. — Die österreichische Regierung hat nun endlich den Cunctatorweg verlassen und zu entschiedenen Mitteln gegriffen. Das Wagthal ist bereits insurgirt und überall werden die Nordslaven mit Waffen und Geld versehen, so daß der von mir vorausgesagte Vernichtungs-Krieg leider nur zu bald eintreten muß, wenn nicht der Reichstag und das Ministerinm vermittelnd auftreten. Natürlich wirds dann nur von Ungarn abhängen, diese Vermittelung mit Erfolg gekrönt zu sehen. — Der mit 10,000 Mann zu den Kroaten übergegangene Graf Teleki hat erklärt, weder für noch gegen die Ungarn kämpfen zu wollen und geht mit seiner Heeres-Abtheilung nach Italien, wogegen von dort 10,000 Kroaten aufbrechen und zum Heere Jellachich's stoßen werden. — Unsere Demokraten fahren in ihren Bestrebungen fort, und suchen nun die Gegenwart der Ungarn in ihrem Interesse auszubeuten. Das Ministerium hat sich genöthigt gesehen, aus Furcht, sie möchten die Berathungen des Reichstags stören, den Josephsplatz mit Nationalgarden zu besetzen. Heute Abend ist großer Fackelzug zu Ehren der ungarischen Deputation, wozu der demokratische Verein durch öffentliche Plakate einladet. Es wird ihm aber nicht gelingen irgend eine Bewegung hervorzurufen, da die Begeisterung für die Ungarn hier fast auf dem Nullgrade steht. — Gestern waren im Odeon über zehn Tausend Nationalgarden versammelt, die den Beschluß gefaßt, bei außerordentlichen Gelegenheiten weiße Bänder zu tragen, und dadurch ihre Sympathien für die akademische Legion an den Tag zu legen und etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen. Es wäre zu wünschen, daß es jeder Partei freistünde sich ein Abzeichen zu wählen und auch in dieser Hinsicht kein Terrorismus sich geltend mache, wie es bei dem Versuche, schwarzgelbe Bänder zu tragen, sich herausgestellt.

** Unser Wiener * Korrespondent schreibt uns ganz kurz:

„**Wien**, 19. September, Nachm. **Der Reichstag hat die ungarische Reichstagsdeputation nicht in corpore empfangen, sondern ihre Adresse entgegen genommen.**"

♉ **Wien**, 19. Sept. [Minister-Krisis. Erzherzog Stephan.] Im Laufe des heutigen Tages erwartet man den Austritt des Ministers Schwarzer aus dem Kabinet, der durch den Abgeordneten Ritter von Bruck ersetzt werden soll, der seither Direktor des Lloyd in Triest gewesen. Manche behaupten, daß das Arbeitsministerium völlig aufgelöst und mit dem Finanz-Ministerium vereinigt werden dürfte, was indeß bei der steigenden Wichtigkeit der Arbeitsfrage kaum wahrscheinlich ist. Schwarzer übernimmt wieder die Leitung seines Journals, das unter Hübners Redaktion, der demnächst bei der Postverwaltung eine Anstellung finden soll, sehr verloren hat; über die Motive von Schwarzers Austritt nächstens mehr. — Der rasche Entschluß des Erzherzogs Stephan sich an die Spitze der ungarischen Streitkräfte im Süden zu stellen, mußte hier in allen Kreisen entweder Befremden oder Bestürzung erwecken, denn setzt nunmehr Jellachich seinen Kampf gegen die Magyaren fort, an deren Spitze ein Prinz des kaiserlichen Hauses selbst steht, so wird er offenbar zum Rebellen. Doch glauben Viele, die den Palatinus kennen und auch sonst in die Absichten der Camarilla eingeweiht sein wollen, daß der Erzherzog blos dem Druck der Verhältnisse nachgegeben habe und nur an die Grenze gegangen sei, um bei der nächsten Gelegenheit von der Armee nach Steiermark sich zu begeben.

** **Krakau**, 18. Septbr. Seit einiger Zeit zirkuliren hier Gerüchte über bevorstehende Unruhen. Der Gouverneur Zaleski hat sich daher veranlaßt gesehen, nachstehende Bekanntmachung zu erlassen: „Die über eine Störung der öffentlichen Ruhe ausgebreiteten Gerüchte veranlassen mich zu der Erklärung, daß bei der gegenwärtig allgemein herrschenden Liebe zur Ordnung und dem Eifer der hiesigen Einwohner für die Erhaltung der Ruhe und Sicherheit jene Gerüchte nur ganz ungegründet sein können. Zur größeren Beruhigung der Bürger aber muß ich veröffentlichen, daß, da die Civilbehörden keine Kenntniß von drohenden Unruhen haben, auch die Furcht wegen Anwendung außerordentlicher Mittel oder des Einschreitens der Armee gegen die hiesigen Einwohner ganz grundlos ist."

§§ **Pesth**, 17. Sept. [Ernste Lage Ungarns und höchste Begeisterung der Ungarn!] Gestern ist endlich der erwartete Courrier aus Wien eingetroffen. Der massenhafte Uebergang des Militärs zu den Freiwilligen und die Entschlossenheit des Landtages, das Vaterland und die Freiheit auch ohne den König zu retten, hat der Camarilla einen nicht geringen Schrecken eingejagt. Der Courrier überbrachte nun ein Handbillet des Königs an den Erzherzog Statthalter, welches die Ernennung des Grafen Ludwig Bathyany zum Premierminister „einstweilen" bestätigt und diesem auch freistellt, sich die Kollegen zu wählen, welche aber dem König zur Bestätigung angezeigt werden müssen. Der Premierminister Batthyany hatte aber dem König 3 Bedingungen gestellt, unter welchen er die Bildung des Ministeriums übernehmen wolle. Der König hat diese Bedingungen nicht gewährt, und im erwähnten Handbillet läßt er sich auch sehr ernst darüber vernehmen, daß „das Repräsentantenhaus sich entblödete", ohne die königl. Sanktion die Emittirung von 5-Gulden-Banknoten und die Rekrutirung anzuordnen, und somit den gesetzlichen Boden zu verlassen. Wenn ein Räuber, sagte Kossuth, mir die Pistole auf die Brust setzt, so werde

---

*) Die neueste Hamburger Börsenhalle meldet: „Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat der dänische Bevollmächtigte, Kammerherr Reedtz, bereits eingewilligt, daß die interimistische Regierung von Schleswig-Holstein während des Waffenstillstandes nur mit Uebereinstimmung der Herzogthümer gewählt werde, sowie, daß die schleswig-holsteinischen Truppen nicht getrennt werden. Ueber das Bestehenbleiben der von der provisorischen Regierung erlassenen Verordnungen wird noch unterhandelt. Hiermit steht auch der Antrag der schleswig-holsteinischen Deputirten in Frankfurt in Verbindung, und es unterliegt nun wohl keinem Zweifel, daß die schleswig-holsteinsche Frage einer friedlichen Lösung entgegensieht."

*) Die Frage ist eine höchst wichtige. Der Reichstag soll die Gesandten einer Nation empfangen, die in dem Reichstage nicht vertreten ist und deren Gesandtschaft von dem Kaiser schon empfangen wurde. Der Reichstag soll die internationalen Verhältnisse zwischen Oesterreich und Ungarn mit Uebergehung des Kaisers und der Minister ordnen. Der Reichstag stellt sich mit Annahme der Gesandtschaft über den Kaiser und proklamirt sich als die höchste Instanz des Landes. Red.

ich wahrlich nicht mehr auf das Gesetz appelliren, sondern ihn wo möglich selbst vernichten. In dem Handbillet wird auch indirekt gegen Kossuth geeifert. Das Ganze erregte aber mehr Heiterkeit als Indignation. Da nun der König oder vielmehr jene Umgebung desselben, welche ihn zum willenlosen Werkzeuge mißbraucht, die vom Grafen Bathyany gestellten Bedingungen abgewiesen, so erklärte der Premierminister, daß er auf gesetzlichem Wege das Vaterland nicht zu retten im Stande sei, und daher, im Einverständnisse mit dem Hause zu außerordentlichen Maßregeln greifen werde. Kossuth betrat unter unbeschreiblichem Enthusiasmus der ganzen Versammlung die Tribüne und forderte das Haus zu einem einstimmigen Vertrauensvotum für den Premierminister Batthyany auf, was auch sogleich geschah. Kossuth war sehr heiter. Wenn er auch die Liebe des Volks nicht besäße, so hielte er sich doch glücklich und zum Verdienste, daß ihn der Hof hasse. Kossuth ist jetzt die Seele des Batthyany'schen Ministeriums und des Repräsentantenhauses, und Ungarn darf es als ein Glück betrachten, daß er es mit dem Hofe verdorben. Als Minister könnte auch Kossuth den Rechten der Nation etwas vergeben, als Volksrepräsentant im weitesten Sinne des Wortes wird er es nie thun. — Der Erzherzog Stephan hat vor seiner Abreise ins Lager schöne Worte gesprochen. Wenn Alles Ungarn verlasse, so werde er das angebetete Vaterland bis zum letzten Blutstropfen vertheidigen. Er bat das Repräsentantenhaus, auf dem Boden des Gesetzes zu bleiben, und während seiner Abwesenheit den Verband mit Oesterreich nicht zu lösen. Kossuth erklärte von der Tribüne herab, daß man dem König treu bleiben solle, daß man aber zur Rettung des Vaterlandes kein Mittel unbenutzt lassen dürfe. In der Presse, in Maueranschlägen und Flugblättern spricht sich die größte Entrüstung gegen den König selbst aus. Der Landtag bereitet einen Landsturm in Masse vor, einstweilen sollen 170,000 Rekruten in möglichster Schnelligkeit ausgehoben werden. Im Pesther und andern Commitaten findet die Aushebung bereits statt. Ofen-Pesth wird verschanzt werden.

** Ein aus Wien vom 19. September datirtes Extrablatt berichtet über obige Begebenheit ausführlicher, wie folgt: [Neuestes vom ungarischen Kriegsschauplatze. Schändlicher Verrath des Grafen Adam Teleky. Erzherzog Stephan vertheidigt mit seinen letzten Blutstropfen das Land.] — Gestern Vormittag war der kriegerischste Tag, den wir hier in Pesth bisher erlebten, zahlreiche Truppenmassen wurden nach Kanischa und Perlaßer Lager befördert; zuerst ging eine Batterie bestehend aus 8 Kanonen und 2 Stück Haubitzen mit 72 Pferden unter persönlicher Führung des trefflichen Commandanten Makk; sodann durchzogen 8 Escadron Ferdinand-Husaren die Stadt und gingen über Ofen, Teteny und so weiter nach Kanisch, endlich gegen Mittag verließ auch unsere treffliche Hunyady- (vorher Kossuth-) Schaar unsere Stadt, um dem Feinde kühn die Stirne bieten zu können. — Während dieses geschah, versammelten sich die Repräsentanten des Landes um 12 Uhr Mittag zu einer öffentlichen Landesberathung im Landhause, der Minister-Präsident Graf Batthyany, der einzige Mann, dem jetzt das Wohl des Landes anvertraut ist, saß beim Ministertische; er verlas sogleich eine Depesche, welche ihm durch einen außerordentlichen Courier vom Oberkommandanten Grafen Teleky aus Kanischa zukam; selbe lautete: Nachdem Jellachich den 8. dieses mit 20,000 Mann die Drau überschritten habe, so fühlte er nicht Kraft und Mittel genug ihm seine Macht entgegen stellen zu können, weshalb er den Drau-Cordon aufgab und sich nach Groß-Kanischa zurückzog, in der Meinung, Jellachich werde sein Lager vor Kanischa aufschlagen, während dem er bedeutende Truppenverstärkungen dort erwarte; den 12. zog Jellachich in Kanischa ein, und da bis dorthin noch keine Verstärkung in Kanischa anlangte, so mußte er (Teleky) dem ihm so sehr überlegenen Feind weichen, Kanischa räumen, und sich mit den Unsrigen nach Keszthely zurückziehen. — Ferner schrieb er, daß er das Commando nicht mehr führen kann. — Es wurden aber bereits gehörige Vorkehrungen getroffen, Jellachich ordentlich empfangen zu können. Unsere Macht in Keszthely ist gegenwärtig 12,000 Mann stark, außer diesen wurden ihnen laut Anordnung des Minister-Präsidenten zu Hülfe geschickt, 11,000 Nationalgarden und Freiwillige, 8,000 M. Linienmilitär, 8 Eskad. Husaren, und zahlreiche Kanonen, das ist zusammen 31,000 M. Inf. ohne Cavalerie und Geschütz, diese werden sich alle bei Weszprem concentriren, wo das erste Treffen stattfinden wird. — Der Minister-Präsident hätte noch mehr Mannschaft abschicken können, fand es aber für zweckmäßiger, namhafte Verstärkungen nach Sz.-Tamas zu schicken, wo er den Befehl ertheilte, sogleich mit größtem Ernste Sz.-Tamas anzugreifen, — und zu nehmen, sodann durch die nicht mehr nothwendigen Truppen, Jellachich im Rücken zu überfallen. — Gott gebe das Beste! Um 8 Uhr Abends war wieder Sitzung im Hause der Landes-Repräsentanten, gegen halb Eilf Uhr erscheint nach langem Harren der Minister-Präsident und läßt durch Kossuth folgenden Bericht von dem königlichen Kommissär Csanyi verlesen: „Mit größtem Bedauern — schreibt Csanyi — muß ich es melden, daß wir schändlich verrathen sind, verrathen durch einen Mann, dem Ungarn sein Schicksal in Händen gegeben hat; Graf Adam Teleky, der das Oberkommando der Armee gegen Jellachich übernommen hat, hat Ungarn an den Feind verrathen, er reist dem Jellachich voran, macht ihm überall Quartier, und sorgt für Lebensmittel. Anfangs glaubte ich, er sei über Wien nach Steiermark geflüchtet, dem ist aber nicht so, sondern er ist von Keszthely links gezogen, wo er die Bewohner aller Ortschaften auffordert, den Jellachich und seine Armee mit Lebensmitteln zu versorgen, er erklärt öffentlich, daß er gegen Jellachich nicht kämpfen wird, und wenn man seinen Anordnungen nicht Folge leisten wird, so wird er zu Jellachich übergehen!!! — Batthyany machte den Vorschlag, das Haus möge sogleich eine Deputation an den Erzherzog Statthalter schicken, mit der Bitte, er solle augenblicklich in das Lager reisen, und das Kommando des Landesverräthers Teleky übernehmen. — Kossuth bestieg die Tribüne und unterstützte diesen Antrag, sogleich wurde eine Deputation von Mitgliedern ernannt, unter denen auch Nyary war, die sogleich zum Erzherzog Stephan gingen und ihm die Bitte der Landesrepräsentanten vortrugen. — Das Haus blieb bis zu ihrer Rückkunft beisammen. Um halb 12 Uhr kam die Deputation zurück mit der Antwort: Seine Hoheit der Erzherzog Stephan sei bereit, mit seinen letzten Blutstropfen das Land zu vertheidigen, in Folge dessen Seine Hoheit noch heute Morgens abreiste, um seine heilige Mission zu erfüllen."

** [Komorn eingeäschert. Jellachich am Plattensee.] Nach Berichten aus Komorn vom 18. Abends ist die Stadt Komorn bis auf wenige Häuser in Asche gelegt. Die Ungarn beschuldigen mit Unrecht das in Alsch liegende Regiment Ceccopieri als die Urheber dieses Brandes. FML. Merz, der das Regiment in die Festung hinein ziehen wollte, wogegen sich die Nationalgarde widersetzte, schwebt in größter Lebensgefahr in der Festung, die in der Mehrzahl von Garden besetzt ist. Komorn ist von lauter Magyaren bewohnt. — Eben eingehenden Nachrichten vom 17. aus dem Hauptquartier des Banus von Kroatien, Jellachich, zu Kiss Komarum am Plattensee, war derselbe mit seinen Truppen über Kanischa ohne Widerstand bis dort vorgerückt. Die magyarischen Nationalgarden zerstreuten sich überall oder lösten sich auf. Das kaiserl. Regiment Hardegg Kürassiere und eine Division vom Regiment Wrbna Chevauxlegers hatte sich unter seine Befehle gestellt. GM. Graf Adam Teleky hatte dagegen auf eine Vorstellung des Offizierkorps der zwei Husaren-Regimenter Kaiser Nikolaus und Großfürst-Thronfolger, von welchen sich hierauf eine Deputation mehrerer Offiziere in das Lager des Banus begab, seinen Anschluß zurückgenommen und das Kommando dieser Regimenter wieder übernommen.

Hermannstadt, 11. Sept. Der Magistrat der Stadt hat auf eine ungarische Ministerial-Verordnung vom 29. August geantwortet, daß sie die Union nicht für bestehend und auch keine vom ungarischen Reichstag votirte Leistung übernehmen werden, bevor sie die Sicherstellung ihrer Nationalität, Municipien und Autonomie erlangt hätten, welche sie gleichzeitig an Se. Majestät, den Erzherzog Palatin und an den siebenbürgischen Landtags-Kommissar geschickt haben.

Triest, 16. Sept. [Die Blokade von Venedig hat wieder begonnen.] Schiffernachrichten zufolge befand sich unser Geschwader, die Richtung gegen Venedig nehmend, gestern in den Gewässern von Caorle, und nur die Fregatte „Bellona" im Hafen von Pola. In Venedig, woselbst außer dem französischen Dampfer „Asmodee" und der englischen Kriegs-Brigg „Harlequin," der nordamerikanische Schraubendampfer „Princeton" vor Anker liegt, sollen aus Ancona 2500 päpstliche Freischärler unter Durando eingetroffen sein. — Heute ist das französische Dampfboot „Brassier", Kapitän Passama, mit 600 Mann und 2 Kanonen von Venedig in 13 Stunden kommend, hier eingelaufen. — So eben hören wir, daß der in Folge der bekannten Ereignisse unterbrochene Blokus von Venedig wieder begonnen hat und demzufolge den von hier aus sich dahin begebenden Fahrzeugen kein Schiffspaß ertheilt wird. Der Kapitän des „Vulcano" hat daher auch einem „Trabakel" gedroht, es als gute Prise aufzubringen, wenn es sich noch einmal in den Gewässern von Venedig blicken lassen sollte. — Es ist uns unbegreiflich, daß man dem hiesigen Handelsstand von dem Wiederbeginne des Blokus keine Mittheilung gemacht hat. (Lloyd.)

Die Gazz. di Milano vom 13. berichtet nach dem „Corriere Mercantile" folgendes aus Alessandria vom 10. Sept.: der Friede ist gewiß und wird baldigst proklamirt werden. Die Bedingungen desselben sind uns noch unbekannt; diese Nachricht wird uns von einer bei dem König verweilenden, glaubwürdigen Person bestätigt. Alle Freiwillige, die sich enrolliren lassen wollten, sind zurückgewiesen worden, und unser Kriegskommissar versichert, daß alle unter den Waffen stehenden Freiwilligen entlassen und nach ihrer Heimath zurückgesandt werden sollen.

Frankreich.

Paris, 16. Septbr. [Nationalversammlung.] In der heutigen Sitzung wurde der Gesetzentwurf wegen der Ergänzungs- und außerordentlichen Credite für 1847 und 1848 ohne weitere Erörterung angenommen. — Herr Baze fragte den Minister des Innern, ob es wahr sei, daß, wie ein Journal melde, eine gewisse Anzahl Repräsentanten zu Cavaignac berufen worden seien, und daß man dieselben in die Departements absenden wolle, um einerseits die Stimmung und die Meinungen des Landes zu erkunden, und andererseits dasselbe über die Gesinnungen der National-Versammlung und der Regierung zu belehren. (S. unten.) Er frage, ob dem so sei, und welche Wirkung ein solcher Schritt habe könne. Herr Senard antwortete, die Regierung habe keinem Journale über die fragliche Sache Mittheilung gemacht. (Ruf: Es ist der „National"!) Auch dem „National" nicht, der übrigens der Regierung durchaus fremd und ein unabhängiges Journal sei, das nur seine eigenen Ansichten ausspreche. Was die beabsichtigte Sendung betreffe, so halte es die Regierung allerdings, damit möglichst Uebereinstimmung in den Gang und die Wirksamkeit der Verwaltung komme, für rathsam, sich durch zuverlässige Männer über den Geist der Bevölkerung, über den öffentlichen Credit, über den Gang der Verwaltung, so wie darüber, ob ihre Vorschriften richtig aufgefaßt und vollzogen würden, genaue Kunde zu verschaffen. Deshalb wolle sie, weil sie das Bedürfniß fühle, sich genau zu unterrichten, eine allgemeine Inspection in den Provinzen vornehmen lassen (Stimmen: Die Nationalversammlung hat dabei auch etwas zu thun; die Nationalversammlung ist hier!) und zur Vornahme derselben Mitglieder der Nationalversammlung als die geeignetsten Berichterstatter über den Zustand der Provinzen wählen. Diese Wahl müsse auch im Lande den besten Eindruck machen, weil sie den innigen Einklang zwischen Regierung und Versammlung bekunde. Herr Baze hob hervor, daß die Regierung in dieser Sache sich keineswegs an die Versammlung, die erst jetzt von dem Inspectionsplane etwas erfahre, sondern blos an einzelne Mitglieder derselben gewendet habe. Ob dies etwa dasselbe sei? Er behaupte, nein. Ob es rathsam sei, im Augenblicke, wo die Verfassung berathen werde, eine gewisse Anzahl Mitglieder aus der Versammlung zu entfernen? Ob man hoffe, daß diese Abgesandten durch Erfüllung einer Mission, welche nicht von der Versammlung ihnen aufgetragen sei, das Land retten würden? Sei die Entsendung von Repräsentanten in die Provinzen nöthig, so müsse ihnen die Versammlung, nicht aber die Regierung den Auftrag geben; sonst riskire man, Spaltungen im Lande anzufachen, statt ihm Frieden zu geben. Das Volk werde sich erschrocken fragen, welche Gefahr denn das Land bedrohe, die ein so außergewöhnliches Mittel nothwendig mache? Die Wahlen der Regierung würden zugleich eine ungeheure politische Bedeutung haben und im Schooße der Versammlung selbst unheilvolle Spaltungen hervorrufen. Deshalb verlange er von der Versammlung, daß sie sich nicht zerstückele, nicht theile, und nicht dulde, daß man Männern, die, wie alle hier, ihr Mandat nur vom Volke hätten und haben dürften, ein besonderes Mandat ertheile. Der Justizminister Marie: „Der Minister des Innern hat die Maßregel erläutert, um welche es sich handelt. Wir beantragen, daß die Versammlung zur Tagesardnung übergehe, und daß sie dies durch ein förmlich erläuterndes Votum thue." (Lärm und Aufregung.) Herr Crelon bestieg die Tribune, der Lärm war aber so groß, daß er auf das Wort verzichtete. Viele Repräsentanten drängten sich an die Minister und richteten eifrige Fragen an dieselben. Lamoricière gesticulirte lebhhaft; einige Mitglieder riefen ihm zu, die Regierung biete der Versammlung Trotz. Herr Pagnerre verließ den Präsidenten-Stuhl; eine Menge Mitglieder umgeben Cavaignac und stellen Fragen an ihn, die man in dem Tumulte nicht verstehen konnte. Endlich stand Cavaignac auf und verließ den Saal; ihm folgten Lamoricière und die übrigen Minister. Die Repräsentanten blieben im eifrigsten Gespräch beisammen. Die Sitzung blieb eine Viertelstunde lang thatsächlich suspendirt; da traten Cavaignac und die Minister wieder ein. Der Präsident Marrast: Ich will die Aufregung der Versammlnng nicht verlängern. Ich schlage folgende Tages-Ordnung vor: „Die Versammlung, nachdem sie die Erläuterungen der Regierung gehört hat, schreitet, der vollziehenden Gewalt die Verantwortlichkeit für die beabsichtigte Maßregel überlassend, zur Tagesordnung." Herr Baze bestieg die Tribune. (Gewaltiger Tumult.) Cavaignac wollte sich entfernen; man hielt ihn zurück. Der Tumult dauerte fort. Herr Baze stimmte der vorgeschlagenen Tagesordnung bei. Herr Marrast verlas dieselbe nochmals, worauf sie angenommen wurde. Die Versammlung trennte sich in großer Aufregung.

[Vortritt des Herrn v. Raumer bei General Cavaignac. — Italienische Angelegenheiten. — Parteien.] Der heutige „Moniteur" meldet: „Herr Friedrich v. Raumer hat gestern dem General Cavaignac ein Schreiben des Erzherzogs Johann von Oesterreich übergeben, mittelst dessen Se. k. k. Hoheit der Regierung der Republik anzeigt, daß der Frankfurter Bundestag die Central- und Bundesgewalt Deutschlands in seine Hände niedergelegt."

Gestern früh wurde ein Minister-Rath gehalten. Die Regierung, hieß es, habe wichtige Nachrichten aus Wien und Italien erhalten, und es seien am Nachmittag Couriere nach London und nach dem Haupt-Quartier Karl Albert's abgeschickt worden. Der „Moniteur du Soir" sagt: „Briefe aus Alessandria bestätigen die Nachricht von der Nicht-Erneuerung des Waffenstillstandes zwischen den Oesterreichern und dem Könige von Sardinien. Karl Albert, der sich etwas unwohl befand, wollte sich nach Turin begeben, um sein neues Ministerium zu bilden. Es hieß, dasselbe werde aus sehr demokratischen Elementen bestehen."

Das „Journal des Débats" berichtet: „Die Regierung hat, um eine genaue Uebersicht von der verhältnißmäßigen Stärke jeder Partei in Frankreich zu erhalten, in jedem Departement ein allgemeines Ver-

zeichniß aller Bürger, welche zu Mitgliedern der Munizipal-Conseils ernannt worden, mit Angabe der politischen Meinung eines Jeden, zu entwerfen befohlen. Dieser Befehl, der den Präfekten sehr dringend gemacht ist, stellt folgende vier Kategorien auf: Legitimisten, Conservative, eifrige Republikaner und gemäßigte Republikaner." — Im „National" liest man: „Der furchtbare Juni-Kampf, die Verkündigung gewisser sozialer Lehren, der Zustand des Handels und das öffentliche Elend haben in einigen Departements eine blinde Reaction gegen das republikanische Prinzip überhaupt erzeugt. Wie es scheint, hat General Cavaignac es daher angemessen befunden, zu einer Maßregel seine Zuflucht zu nehmen, welche darauf berechnet ist, die Departements über die wahren Absichten der National-Versammlung und der Regierung aufzuklären, mit einem Worte, irrige Meinungen zu berichtigen. Eine Anzahl der Repräsentanten sollen deshalb zu gestern aufgefordert worden sein, sich in der Wohnung des Chefs der vollziehenden Gewalt zu versammeln, der sie dort ersucht hätte, eine Mission nach den Departements zu übernehmen. Diese Mission soll eine durchaus versöhnende sein und auch zum Zweck haben, der Regierung nähere Kunde über den wahren Zustand der öffentlichen Meinung und der Lokalverwaltungen zu verschaffen."

Zu Montpellier sind die Herren von Lapeyrousse und Auffargues, unter Anschuldigung der Theilnahme an einer legitimistischen Verschwörung, verhaftet worden. — Ein Dekret der vollziehenden Gewalt hebt den Zoll wieder auf, welchen ein Dekret der vollziehenden Kommission vom 17. Juni auf Gußeisen, Kupfer und Zink gelegt hatte.

Großbritanien.

London, 16. Sept. Louis Napoleon hat sich vorgestern zu Southampton nach Havre eingeschifft. — Das Geschwader Admiral Napier's ist von Cork nach Devonport beordert, wo es am 20sten erwartet wird. Die Lordskommissäre der Admiralität werden es dort besichtigen und Napier soll dann Weisungen über seine nächste Bestimmung empfangen.

Nach Berichten aus Dublin von gestern Morgen war aus dem Süden die Nachricht eingetroffen, daß die Ruhe völlig hergestellt und nirgendwo ein neuer Exceß vorgefallen war. Es stellt sich jetzt heraus, daß die Lokalblätter, so wie die irischen Korrespondenten einiger Dubliner und Londoner Journale, die von einigen Arbeiterhaufen verübten Unfuge arg übertrieben hatten, indem sie dieselben als den organisirten, weitverzweigten Aufstand vieler Tausende darstellen. Das angebliche Lager bei Carrick bestand aus einer Zusammenrottung einiger hundert Bauern, die wenige vereinzelte Polizeistationen überfielen und mit Verlust mehrerer Todten und Verwundeten zurückgeschlagen wurden. Bei Annäherung einer Truppenschaar liefen sie auseinander. Ein Angriff auf das Schloß des Marquis Waterford fand gar nicht statt; das Ganze beschränkte sich auf einen blinden Lärm. Auch die Verbrennung oder Anzündung zweier Brücken bei Waterford scheint zweifelhaft.

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 20. Septbr. Die Gerüchte, welche sich über den Eintritt des Oberpräsidenten Pinder in das Ministerium verbreitet haben, sind, wie wir aus zuverläßiger Quelle erfahren, grundlos. Der Aufenthalt des Oberpräsidenten in Berlin hat nur noch die Berathung über mehrere, im wichtigen Interesse der Provinz liegende Gegenstände, namentlich über die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, zum Zwecke, wobei man seines Rathes bedarf. Hoffentlich wird er binnen Kurzem in die Provinz zurückkehren.

...ss **Breslau**, 20. Septbr. [Von der Universität; die Deputirten für den zweiten Studenten-Kongreß.] Die Ferien, welche mit dem Spätsommer an den deutschen Universitäten begonnen haben, verfehlten auch bei uns nicht, in dem bisher so erregten studentischen Leben gewissermaßen einen Stillstand zu erzeugen. „Die Waffen ruhn, des Kampfes Stürme schweigen," — und der Student wandert froh in seine Heimath oder nach den Bergen, wo die Freiheit wohnt. Indeß sind doch nicht alle studentischen Institute so gänzlich ins Stocken gerathen. Das Studenten-Parlament wird am 25sten d. M. zum zweiten Male auf der Wartburg zusammentreten, um die ferneren Schritte für eine baldige Reform der Universität zu berathen. Der bei uns tagende „Vorort" hat seine Einladungen hierzu an sämmtliche deutsche Universitäten ergehen lassen. Die meisten haben bereits zugesagt; Wien wird 60 Deputirte schicken. Die Mitglieder der Vorortsbehörde, welche zumeist unsere Universität auch als Deputirte im Parlament vertreten sollen, reisen schon morgen von hier ab. Sie werden noch vor dem 25sten in Eisenach eintreffen, um ihrer Aufgabe gemäß, die nöthigen Vorkehrungen zur Eröffnung des Kongresses zu treffen. Die akademische Jugend Deutschlands sieht dieser Versammlung von Jüngern der Wissenschaft gewiß mit den freudigsten Hoffnungen entgegen. Möge es dem zweiten Kongresse der deutschen Studenten gelingen, durch praktische Erfolge den von ihm gehegten Erwartungen zu entsprechen. — Die Resultate der ersten diesjährigen Wartburg-Versammlung sind in einer Brochüre, welche in Ruge's Verlagsbüreau erschienen ist, von den Studirenden R. Gisecke und M. Friedländer niedergelegt. Besonders hervorzuheben ist aus derselben eine Abhandlung Gisecke's über das Verhältniß der Landsmannschaften und Burschenschaften auf den deutschen Universitäten. Die hiesige „akademische Legion" hat ihre Thätigkeit während der Ferien eingestellt; ihr Oberanführer, der Professor Haase, ist zum Deputirten für die preußische Constituante gewählt worden. Theodor Mundt wird den Lehrstuhl der deutschen Literatur an unserer Universität nicht einnehmen.

Musik.

Die kleinen Wundervirtuosen Amalie, Wilhelmine und Viktor Neruda werden heute in einem Concerte wohl auf lange Zeit von Breslau Abschied nehmen. Ihr künstlerischer Ruf ist auch hier schon so fest begründet, daß es am Ende nur der einfachen Anzeige bedarf, um ein musikliebendes Publikum dahin zu ziehen und wenn wir hier nun noch besonders die Theilnahme dafür aufrufen, so geschieht es wahrlich mehr, um den lieben Gästen einen neuen Beweis unseres lebhaften Interesses zu geben. d.

† **(Aus der Provinz.)** Am 18. September Nachmittags nach 4 Uhr wurde der Maurermeister Dinter aus Frankenstein durch den Zimmergesellen Barisch beim Klosterbau vor dem Breslauer Thore von dem obersten Gerüste innerhalb des Gebäudes hinunter geworfen, wodurch er dergestalt zerschlagen wurde, daß er nur noch einige Lebenszeichen und in einigen Stunden seinen Geist aufgegeben hat. Die Ursache dieses Verbrechens soll in Nachstehendem beruhen. Barisch gerieth mit mehreren Maurergesellen wegen Tabakrauchens in einen Wortwechsel, der Maurermeister begab sich, um diesen Streit zu schlichten, auf jene Höhe, gebot ernstlich Ruhe und ermahnte zur Fortsetzung der Arbeit, wurde aber von Barisch ergriffen und in die Tiefe hinunter geschleudert.

Mannigfaltiges.

— (Stettin.) Am 16. September wurden die Butterhändler unserer Stadt auf acht Tage mit Makulatur versehen; dieselben wollen der „Neuen Preußischen" dafür einen Dank votiren. Es langte nämlich auf der Eisenbahn mit Gott für König und Vaterland ein Riesenballen mit lauter „Neuen Preußischen Landwehrzeituugen" an, welche unsere Stadt das Glück haben sollte, als Probenummern zu konsumiren. Gleichzeitig war ein Agitator von Berlin mitgesandt, welcher durch Vermittelung mehrerer Unteragitatoren die Stadt in einem Tage mit einer Ueberschwemmung von lauter preußischen Kreuzzeitungen überzog. So viel Kreuz ist lange nicht in Stettin gewesen! Stoßweise stehen diese Probenummern in mehreren Gasthöfen, die Jungen auf der Straße hatten sich des möglichst schnellen Konsums dieser Zeitung wegen Dreimaster davon gemacht und zogen in Prozession auf den Paradeplatz; wer es wagte, auf der Straße zu gehen, dem wurde mit Gott für König und Vaterland ein Dutzend „Neue Preußische" in die Brust gebohrt. Gleich glücklich sollen auch andere Städte gewesen sein. (N. St.-Z.)

[Kuriosum.] Der Oberst eines hiesigen Regiments hat neulich seinen zusammenberufenen Truppen buchstäblich folgende praktische Anrede gehalten: „Ihr werdet nicht zu der Volksversammlung hingehen; ich werde heute Abend Jedem von euch ein Pfund Schweinebraten geben lassen, ihr könnt euch eure Mädchen holen und die Musiker sollen euch zum Tanz aufspielen." — Natürlich zogen die Soldaten den Schweinebraten der Volksversammlung vor und sie fanden mehr Vergnügen daran, sich mit ihren Mädchen als mit dem Civil zu verbrüdern.

Zustände auf dem Lande.

Am 17. d. M. ward in Namslau folgendes Plakat an den Straßenecken angeheftet:

Das Vaterland in Gefahr!

Mitbrüder, Landsleute eines großen Volks, dessen Glück die Fürsten zu vernichten sich bestreben, wir rufen Euch auf: am 21. d. M., also am nächsten Donnerstag, Nachmittag um 4 Uhr, in Grambschütz zu einer großen Volksversammlung zu erscheinen, um uns zum Kampf gegen Verrath und Unglück zu waffnen.

Namslau, den 17. September 1848.

Das Comité.

Druck bei J. Hoffmann daselbst.

Gleichzeitig erschien im Kreisblatt den 16. September eine Aufforderung zweier größerer Bauergutsbesitzer, Reichert und Langner aus Deutsch-Marchwitz, zu einer Versammlung der Gemeinden zum 17. d. M. im Schützenhause zu Namslau. Dieser Zuruf hatte den deutlich ausgesprochenen Endzweck: der Petition der Rustikalbesitzer des Goldberg-Hainauer Kreises wegen gleichmäßiger Vertheilung der Grundsteuer, und Aufhebung sonstiger Dominallasten sich anzuschließen, bis zum Austrage der Sache im Wege der Gesetzgebung aber die betreffenden Leistungen zu verweigern,

Das Plakat, welches zwar von der Behörde abgerissen, demohnerachtet aber hinreichend bekannt wurde, um seine Wirkung nicht zu verfehlen, enthält also neben einem direkten Angriff auf die Fürsten — worunter doch nur Se. Majestät der König verstanden sein kann —, eine Aufforderung: sich zum Kampf gegen Verrath und Unglück, welches doch nur eben diese Fürsten herbeigeführt haben können, zu waffnen; — predigt mithin ganz unverholen den Aufruhr.

Die Aufforderung im Kreisblatt aber enthält eine Ermunterung zu einer ungesetzlichen, erst unlängst durch eine Oberpräsidialverfügung ausdrücklich verbotenen Handlung.

Es sind in neueren Zeiten ähnliche Plakate und Erlasse vorgekommen, von denen weder die Behörden, noch der Staatsanwalt Notiz zu nehmen für gut gefunden haben. — Durch diese Nachsicht ist der Uebermuth und die Ungesetzlichkeit immer größer, und die Lage der Rittergutsbesitzer immer Gefahr drohender geworden. Zu diesen offenbaren Angriffen gesellen sich die noch weit gefährlicheren innern Wühlereien, diese fortwährende Bearbeitung der Landbewohner durch Emissäre, Flugblätter, Plakate, in denen die Wahrheit verdreht und die frechsten, schamlosesten Lügen verbreitet werden.

Alle diese Angriffe sind gegen die Rittergutsbesitzer gerichtet, und sie scheinen erlesen, das Opfer der neuen Ideen werden, und die Kosten der Revolution allein bezahlen zu müssen.

Die Stimmung der Landbewohner gegen die Rittergutsbesitzer ist — ganz allein in Folge dieser Wühlereien und Niederträchtigkeiten — schon jetzt eine sehr gereizte. Sie wird, wenn dem Uebel nicht in Zeiten Einhalt geschieht, eine völlig unheilvolle werden.

Wir müssen es freimüthig aussprechen: Die galizischen Zustände von 1846 stehen auch uns bevor. Sie können nur dadurch abgewendet werden, daß die Behörden energisch gegen die Ruhestörer einschreiten, die so achtbare preußische Justiz ihre Schuldigkeit furcht- und rücksichtslos thue, und die Plakatenwirthschaft endlich aufhöre, die wir keineswegs zu den Rechten der Preßfreiheit zählen können, sondern als höchst schädlichen Auswuchs derselben betrachten müssen.

Wir leben zwar der Hoffnung, man werde um jeden Preis dahin streben, die Ordnung aufrecht zu erhalten, und dem Gesetz die Geltung vor der Gewalt und der rohen Willkür zu verschaffen, halten uns aber für verbunden, zur Aufklärung eines Theils der verblendeten Menge hinzuzufügen:

daß, wenn ähnliche Zustände, wie in Galizien, auch bei uns eintreten, wenn wir genöthigt werden sollten, unsere Güter zu verlassen, auch die nämlichen Folgen, wie dort, für die Land- und Stadtbewohner eintreten werden. Dann nämlich werden unsere Fel-

der Brache liegen, unsere Heerden verderben, unsere Fabriken stille stehen, Brot und Fleisch wird auf ungeheure Preise steigen. Drei Viertheile aller Arbeiter und Proletarier, die von uns leben, werden brotlos umherirren. — Sie werden sich zuerst auf den größern bäuerlichen Grundbesitz werfen und diesen verzehren, dann aber, wie es in Galizien der Fall war, entweder als Räuber die Wälder füllen, oder verhungert auf den Landstraßen umherliegen. — Wer diese Farben für zu stark aufgetragen hält, der gehe nach Galizien und erkundige sich an Ort und Stelle.

Daß unter diesen Umständen Gewerbe und Handel völlig darnieder liegen, daß das Geld, welches wir durch unsere Produkte, namentlich durch Wolle, Flachs, Eisen, Zink 2c. aus dem Auslande herbeischafften, gänzlich fehlen wird, muß jedem Unbefangenen einleuchten. Man wird endlich — gebe Gott, nicht zu spät und zum Schaden der ganzen Nation, namentlich des Arbeiterstandes — gewahr werden: welch ein wichtiges Rad der Rittergutsbesitzer in der Staatsmaschine und zur Erhaltung und Förderung der öffentlichen Wohlfahrt gewesen sei.

An die Rustikal-Besitzer der 18 zu Mörschelwitz versammelt gewesenen Kreise, so wie des Wahlkreises Glogau.

(Siehe Beilage der Bresl. Zeitung Nr. 214.)

Sie erlassen in den öffentlichen Blättern dringende Einladungen an den gesammten Rustikalstand Schlesiens, der in seinen Rechten durch die Rittergutsbesitzer gefährdet ist, um Schritte zu berathen, welche Sie dagegen ergreifen wollen. Sie sagen, daß den Gesinnungen der Rittergutsbesitzer gegenüber von Ihrer Seite keine Einigung, sondern nur Kampf sein könne. Ein seinen Grundsätzen nach durch und durch Liberaler des zu bekämpfenden Standes erlaubt sich, Ihnen vor Ihrer Beschlußnahme Folgendes dringend ans Herz zu legen: Erwägen Sie leidenschaftslos, ob Ihre Rechte durch die Rittergutsbesitzer wirklich gefährdet sind? untersuchen Sie, ob keine Einigung, sondern nur Kampf hinfort sein kann? Sie erwähnen zuerst die Weigerung derselben gegen die, nach den Erträgen, gleichmäßige Vertheilung der Grundsteuer, und Sie werden finden, daß die schlesischen Rittergutsbesitzer lediglich gleichen Vortheil mit Ihnen haben, wenn dieselbe durchgeführt wird. Warum suchen Sie einen Grund zum Kampfe, wo keiner ist? Zahlen denn die Dominien bei uns keine hohe Grundsteuer? Wäre es nicht besser, sich da zu vereinigen? Aber machen wir uns auch klar, was wir dabei gewinnen, damit die Rittergutsbesitzer, die sich dagegen auch sträuben, wissen, wie groß ihr Nachtheil wäre, wogegen sie kämpfen. Die vier Provinzen Schlesien, Sachsen, Westfalen und die Rheinprovinz mit 2050 Q.-M. bringen Grundsteuer auf 7,412,274 Rthl. 22 Sgr., oder pro Q.-M. in runder Summe 3615 Rthl. Die übrigen Provinzen mit 3020 Q.-M. bringen Grundsteuer auf 2,632,241 Rthl. 1 Sgr. 11 Pf., oder pro Meile in runder Summe 871 Rthl., in Summa 10,044,515 Rthl. 23 Sgr. 11 Pf. Es ist bekannt und steht fest, daß im großen Durchschnitt die Q.-M. der erst genannten vier Provinzen einen dreimal höheren Werth als die der übrigen Provinzen hat, und geben also 3 Q.-M. von diesen [= 1 Q.-M. der ersteren] 2613 Rthl. Grundsteuern, und es bleiben somit noch 1000 Rthl. als Differenz, welche 1 Q.-M. in Schlesien mehr giebt als 3 Q.-M. in Ostpreußen. Bei gleichmäßiger Vertheilung kämen also 500 Rthl. bei uns pro Q.-M. weniger zu zahlen, und dies macht pro Jahr für den Magdeburger Morgen 8 Pfennige, also bei einem Rustikalgut von 10 Morgen 6 Sgr. 8 Pf. jährlich, bei einem Dominium von 1000 Mrg. 22 Rt. 6 Sg. 8 Pf. Wenn diese Rechnung auch nicht für alle vier erstgenannten Provinzen zutreffen sollte, so würde dies doch wohl gerade bei uns der Fall sein. — Sie werden nun aber berücksichtigen, nachdem ich auf den Gewinn pro Morgen aufmerksam gemacht, welche enorme Kosten durch die gleichmäßige Vertheilung und Abschätzung des ganzen Grund und Bodens in der ganzen Monarchie entstehen werden, welche für uns vielleicht den Vortheil von 40—50 Jahren verschlucken würde, und ob nicht vielleicht besser die ganze Grundsteuer durch eine andere, welche auf jene Provinzen gelegt würde, in Ausgleichung gebracht würde; auf diese Art würde der Grundbesitz jener Provinzen eben so viel, als der der übrigen zu den allgemeinen Staatslasten beitragen; es versteht sich von selbst, daß die bisherigen, nur einzelnen Ausnahmen in den ersten 4 Provinzen auch wegfallen. — Der Verein des Wahlkreises Glogau erklärt, daß die ganzen Rustikalbesitzer nichts weiter wollen, als daß alle Staatseinwohner, auch die Rittergutsbesitzer, zu allen Staatsabgaben verhältnißmäßig beitragen, daß ihre Vorrechte aufhören und daß Alles von den Dominialrechten und Gerechtigkeiten wegfalle, was nicht auf eine allgemein gültige Weise konstituirt und was sich nicht mit den gegenwärtigen Zeitverhältnissen vertrage. Sie meinen hierbei, daß es Seitens der Rittergutsbesitzer nicht so genau genommen werden müsse und daß in gegenwärtigen Zeiten in Pausch und Bogen durchgeschnitten werden müsse, da wo die Grenzen zwischen Recht und Unrecht nicht bestimmt werden könnten. Wollen Sie, geehrte Rustikalbesitzer, wirklich das Ausgesprochene, nun wohlan: die Vorrechte haben aufgehört, Sie selbst erklären, die Majorität der Nationalversammlung, der ganzen Macht der Gesetzgebung zu haben und kein Rittergutsbesitzer wird es leugnen. Von den Dominialrechten und Gerechtigkeiten sind gefallen die Feudalrechte, bestehend in der Patrimonial-Gerichtsbarkeit, Ausübung der Polizei, so wie besonders die Standschaft. Von letzterer kann gar keine Rede mehr sein und erstere beiden werden nur noch als Provisorium so lange bestehen, bis eine gesetzgebende Versammlung etwas anderes an deren Stelle gesetzt haben wird; sie haben faktisch jetzt schon aufgehört, Sie zu belasten. Sie vertragen sich nicht mit der gegenwärtigen Zeit und ich versichere Sie, jeder bisherige Rittergutsbesitzer wünscht wirklich, sich durch nichts anderes als einen größern Grundbesitz von Ihnen zu unterscheiden. Widerlegen Sie meine Angaben und sagen Sie, ob dies Gesinnungen, denen entgegen nur Kampf, keine Einigung sein kann! Die Wahrheit des Gesagten werden Sie fühlen und eben so, daß als einziger Kampfpunkt nur die Realrechte der Dominien übrig bleiben. Doch auch hierin glaube ich, Namens sämmtlicher Dominialbesitzer, die Erklärung des Glogauer Wahlkreises acceptiren zu können, daß nämlich Alles von den Dominialrechten und Gerechtigkeiten wegfalle, was nicht auf eine allgemein gültige Weise konstituirt ist und was sich nicht mit den gegenwärtigen Zeitverhältnissen vertrage. Es fragt sich hierbei hauptsächlich: 1) Was ist auf allgemein gültige Weise konstituirt; 2) wer soll dies erklären und entscheiden; auch zugleich 3) wo ist die Grenze zwischen Recht und Unrecht. Was Sie, geehrte Rustikalbesitzer, in dieser Beziehung auch bei Ihrer am 22. d. M. bevorstehenden Versammlung beschließen mögen, ich fordere Sie auf, zu bedenken, daß zwischen Streitenden und Rechtsuchenden nicht eine der Parteien zu entscheiden hat, sondern daß ein Richter dazu berufen werden muß. Lassen Sie sich nicht von der Leidenschaft hinreißen, den Abgeordneten in der Nationalversammlung Instruktionen oder Wünsche mitzutheilen, welche auch nur ein Haar breit von der Gerechtigkeit abweichen, denn nur was gerecht ist, besteht ewig, das Ungerechte zerstiebt der kleinste Sturm. Haben aber die Rittergutsbesitzer Ungerechtes von Ihnen zu fordern, nun, so wird und muß das Gesetz den Richter bezeichnen, der zu entscheiden hat, wohin sich ihre Forderungen modificiren müssen. Wollen Sie als Partei der richterlichen Entscheidung vorgreifen? Gewiß nicht, und darum warten Sie mit dem Kampfe, bis es fest steht, ob sich die Rittergutsbesitzer gegen die richterliche Entscheidung auflehnen werden; sie wollen Recht — aber ein gerechtes Recht. Wenn Sie das auch wollen, so berücksichtigen Sie, daß jeder derselben, als er sich in den Besitz des Dominii setzte, wußte: du hast so und so viel Thaler, ohne an den Ursprung zu denken, von dem Rustikale zu erhalten, welcher Betrag, da er mit dem 24fachen Betrage bisher gesetzlich kapitalisirbar war, mit dem ganzen Grund und Boden bei allen Hypothekenschulden mit verpfändet ist. Eben so hat Jeder von Ihnen gewußt, als er sich in den Besitz seines Eigenthums setzte, so und so viel hast du an das Dominium zu geben, ohne nach dem Ursprung zu fragen. Ist das jahrhundertlanges Unrecht, wenn jeder Theil wohl weiß, nur mit den Nuzzungen oder Lasten hast Du Dein Eigenthum erworben? Ist es Sühnung, wenn von den jetzigen Besizzern der eine allein verlieren, der andere allein gewinnen soll? Ihr Rechtsgefühl mag darauf antworten. — Aber wenn der Wahlkreis Glogau erklärt: daß selbst die der National-Versammlung gemachten Vorlagen dem Rustikale noch lange nicht genügten, nun so erkläre ich hiermit, daß ich jetzt noch diese Erklärung für eine Ihnen untergeschobene halte, bis Sie sich auf der bevorstehenden Versammlung klar und deutlich ausgesprochen haben werden, das und das wollen wir. — Auf andere von demselben Kreise aufgestellte Behauptungen, als: die Rittergutsbesitzer hätten früher Einfluß auf die Regierung gehabt (!!!) gehe ich nicht ein, da jeder, der nur einigermaßen in die früheren Verhältnisse einen Blick thun will, sich vom Gegentheil überzeugen wird; aber bemerken muß ich noch, daß in Oesterreich wie bei uns nur die Feudal-Lasten ohne Entschädigung aufgehoben sind, für die Real-Lasten aber setzen Kommissionen die Ablösungsquote fest. — Zum Schluß erlaube ich mir Ihnen zurückzurufen, daß die Abgeordneten zur National-Versammlung von Ihnen zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung gewählt worden sind. Es ist noch kein Heil für unser Vaterland und uns dadurch entstanden, daß die Abgeordneten schon zu oft ihr Mandat aus den Augen gelassen haben. Mahnen Sie dieselben ernst, daß sie ihr übernommenes Mandat so schnell als irgend möglich erfüllen möchten, damit die nächste erste ordentliche Landes-Versammlung, die Sie auch wählen werden, mit Ihren gerechten Forderungen sich gründlich beschäftigen kann. Vergessen Sie nicht, daß Millionen Ihrer Mitmenschen in einer Abhängigkeit und Unfreiheit leben, die Sie eben so gut als ich kennen müssen, ich meine die Millionen Arbeiter nnd dienenden Klassen. **Diese sehen mit Neid, nein nicht mit Neid, aber mit wehmüthigen Gefühlen nach Ihrem Hause hin und sagen: o hätte ich solch ein Haus, wie gern wollte ich geben, was gerecht ist.** Denken Sie im Hinblick auf diese nicht an Kampf, so lange noch Einigung möglich, die so leicht zu finden ist bei gerechtem Sinn. Aber so lange Sie selbst nur Kampf hervorrufen wollen, und dadurch einen ruhigen geordneten Zustand hinausschieben, so wird für die bezeichneten Klassen der Erwerb immer schwieriger und Noth und Elend werden in großem entsetzlichem Maße um sich greifen. B.

Wir sind mit Untersuchung und Strafe bedroht. In unserem Gewissen gerechtfertigt, scheuen wir weder die erstere, noch fürchten wir die letztere. Darum gestellen wir uns ohne Bedenken selbst, und bekennen ehrlich und offen vor unsern Richtern und vor unsern Mitbürgern.

Wir sind diejenigen gewesen, welche, da der rechtzeitige Schutz der Behörde nicht verlangt und so rasch nicht erwartet werden konnte, am 17. Abends der schmählichsten Anmaßung, deren sich im freien Staate der Eine gegen den Andern erdreisten kann, entgegen getreten sind, welche den Schimpf einer dritten Katzenmusik von unserem verehrten Kommandeur Major von Fircks abgewehrt haben.

Wir stellen daher die Fragen:

Können und dürfen die Mitglieder einer eng verbundenen Corporation, deren Ehrenhaftigkeit die Geschichte bezeugt, wenn sie selbst noch einen Funken von Ehre in ihrer Brust hegen, können und dürfen sie es ruhig ertragen und dulden, daß ihrem Vorstande — also ihnen — in ihm öffentlich Schimpf und Schande angethan und dies 2 Tage geschehen und so lange geschehen sollte, bis er abtrete, nachdem er schon an diesen beiden Tagen nicht allein mit symbolischen Injurien, sondern mit den gemeinsten Schimpfnamen von gedungener Masse öffentlich überhäuft worden?

Würden dieses die Bürgerwehr, würden dieses die Bürger ertragen und dulden, wenn solches ihrem Chef, solches ihren Behörden geschieht? — Schande, unauslöschliche Schande dem Vaterlandsvertheidiger, der seinen Chef nicht ehrt und nicht schützt gegen eben so willkürliche als ungerechte Beschimpfung! —

Und nun möge uns, wenn wir in der Selbstvertheidigung gegen gesetzwidrige und schmachvolle Angriffe, Mißgriffe gethan haben — die Strenge des Gesetzes treffen.

Wir beugen uns alsdann dem Gesetz in dem Bewußtsein, wenn auch in der Art und Weise gefehlt, doch in der Sache selbst gethan zu haben, was Ehre und Pflicht geboten.

Mögen die sogenannten Katzenmusikanten und ihre Leiter, die — unverbesserlich — nachträglich um 12 Uhr des Nachts sogar in die Wohnung des Major von Fircks einzudringen versucht haben, sich des gleichen Bewußtseins erfreuen und eben so ehrlich und offen sich nennen und vor die Schranken treten wie wir. Dazu fordern wir sie hiermit öffentlich auf.

Breslau, den 19. September 1848.

Die am gedachten Abende betheiligten Oberjäger und Jäger der 6. Jägerabtheilung, welche bereits der betreffenden Behörde angemeldet.

Folgen 131 Unterschriften.

Ohlau, 20. Septbr. Bei dem fortgesetzten Festschießen des schon in gestriger Zeitung erwähnten Festes hat Herr Major, Seifensiedermeister Zimmer aus Breslau die drei besten Schüsse gemacht, und den ersten Preis, bestehend in einem schweren antiken silbernen Pokal, erworben. Das Fest selbst war in seinen einzelnen Theilen von dem Komité ganz vortrefflich arrangirt und ging alles, bis auf einige Disharmonien, die durch den Major der Ohlauer Schützengilde hervorgerufen wurden, in größter Einigkeit und bester Ausführung von Statten. So waren die beiden Bälle am gestrigen Abend zahlreich besucht und das Vergnügen allgemein durch Nichts gestört. Heute wurde Herr Major Zimmer von einem großen Theil der hiesigen Gilde, dem Komité und sämmtlichen Breslauer Festgenossen, vom Bahnhofe nach Breslau zurück begleitet, und in Breslau angekommen, mit einem starken Musikchor in Parade-Aufzug nach seiner Wohnung begleitet und damit die dreitägige Feier geschlossen. Etwas bleibt nur noch zu wünschen übrig, die Schützengilden Schlesiens möchten sich, was die politische Gesinnung betrifft, bestreben, sich mehr Volksthümlichkeit anzueignen und ihre Aufgabe: unsere Rechte und Freiheiten kräftig mit zu schützen, zu erfüllen. Ratibor scheint damit den Anfang gemacht zu haben, Breslau hat kräftige Elemente in sich, die sich nach und nach ausbilden werden, wird folgen und so mögen alle Städte Schlesiens nachzueifern streben.

Bürgerwehr-Anzeige.

Heute Abend im Liebich'schen Saale Klubb der fünf Bezirkskompagnien des achten Bürgerwehr-Bataillons.

Breslau, den 21. September 1848.

Linderer, Vorsteher.

Zweite Beilage zu № 221 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 21. September 1848.

Bürger und Wehrmänner der Stadt Breslau!

Ein Artikel in Nr. 218 der Schlesischen Zeitung, den die Redaktion des genannten Blattes der Heidelberger „Deutschen Zeitung" nachdruckt und sogar als einen **„höchst treffenden"** bezeichnet — nennt die gesammten deutschen **„Bürgerwehren"** auf eine höhnische und spottende Weise „wehrhafte **Spießbürger."** Da die Bürgerwehr von Breslau eine Ehre darein setzt, zu den **„deutschen Bürgerwehren"** zu gehören, so gilt dieser Spott und Hohn auch ihr.

Brave Wehrmänner und Mitbürger! Wenn Straßenbuben uns höhnen und schimpfen, so sind wir zu stolz, um darauf zu achten; wenn aber eine in unserer Stadt erscheinende Zeitung, die ein Organ der Volksstimme sein will, uns mit Hohn und Spott überschüttet, so wollen wir dabei nicht schweigen. Ist dies eine Anerkennung dafür, daß wir in den Stunden der Drangsal zum Schutze der errungenen Freiheiten, der Person und des Eigenthums die Waffen ergriffen? Daß wir Nächte hindurch den Unbilden des Wetters getrotzt, daß wir Zeit, Kräfte und Gesundheit der öffentlichen Sicherheit geopfert haben? Nein, wackere Kameraden! Wir können wohl Undankbarkeit ertragen und sie wird uns in Erfüllung unserer Pflicht nicht wankend machen, aber wir werden es nicht dulden, daß wir von einer Schlesischen Zeitung mit Hohn und Spott gelohnt werden. Wir werden von dem gerechten Verlangen nicht abstehen, daß wir **von der Redaktion der Schlesischen Zeitung die vollste Genugthuung, eine umfassende und öffentliche Abbitte erhalten.**

Mehrere Wehrmänner.

Die Unterzeichneten erklären sich mit dem Inhalte des obigen Plakates vollkommen einverstanden, mit der nochmals ausgesprochenen, eben so gerechten als dringenden Forderung: daß die Redaktion der Schlesischen Zeitung die gebührende öffentliche Abbitte leiste.

Das Freikorps.

(Verspätet.)

Nimptsch, 12. Sept. Am 6. August d. J. hatte der Stadt-Kämmerer Herr Kuchler, als Chef der hiesigen Bürgerwehr, für deren Organisation derselbe sich besonders interessirt, eine Vorstellung oder sogenannte Parade vor den Magistrats-Mitgliedern, denen sich nach vorhergegangener Einladung der Herr Freiherr von Canitz und der die hiesige Landwehr-Kompagnie führende Herr Premier-Lieutenant v. Wohlgemuth, so wie der sich auf Urlaub hier befindende Herr Lieutenant Gläßner und der Partikulier Herr Freiherr von Lindenfels angeschlossen, arrangirt. Nach dreimaligem Parademarsch 2c. und nach dem sich die gedachten Anwesenden über die gute Haltung der Bürgerwehr-Mannschaften, worunter einige 40 Mann Scharfschützen unter dem Kommando des Herrn Dr. Joachim und einige 60 Mann Musketiere, welche durch Verwendung des Landrath-Amtes Militär-Gewehre erhalten, unter dem Kommando des Herrn Kaufmann Görlitz, so wie ein Freikorps (Lanziers) unter dem Kommando des Premier-Lieutenant a. D. Herrn Haack, befanden, ausgesprochen, war ein Scheibenschießen im Schießhause veranstaltet und es herrschte bei demselben die größte Heiterkeit und Geselligkeit. Den nächstfolgenden Tag war Einmarsch, und es trennten sich Sämmtliche mit dem Wunsche, daß der dadurch sich kräftigende Gemeinsinn nie gestört werden möchte, da durch eine solche Einigkeit nur allein der eigentliche Zweck ermöglicht werden kann. Dank also unserem allgemein geachteten und verehrten Bürgerwehr-Kommandeur Herrn Kämmerer Kuchler, der von der Wichtigkeit dieses Instituts durchdrungen, zur Hebung desselben alles Mögliche thut. Um das Letztere aber noch mehr zu vervollkommnen, wäre nur zu wünschen, daß das neue Gesetz über die Bürgerwehr-Verfassung recht bald erscheinen möge, wodurch so manche Inkonvenienz beseitigt werden dürfte. Auch wird den Herrn Kompagnieführern Görlitz und Joachim, welcher Letztere mich bei seinem Anzuge und Bewaffnung unwillkürlich an den Räuberhauptmann Rinaldini erinnerte, der gebührende Dank gebracht. Darum Herr Dr. Joachim aber keine Feindschaft, denn wir wissen recht gut, daß Sie so manches Opfer der guten Sache bringen, und Sie sich auch in jeder anderen Beziehung zur Erreichung gemeinnütziger Werke stets bereit finden lassen. X.

Hülferuf.

Gestern Sonntag kurz vor 12 Uhr Vormittags brach hier in Liebau in einer Scheuer vor der Stadt Feuer aus, welches bei heftigem Winde mit so fürchterlicher Gewalt um sich griff, daß binnen 2 Sturden beinahe die Hälfte der ganzen Stadt ein Raub der Flammen geworden ist. Die Noth und das Elend bei dem herannahenden Winter sind um so grenzenloser, als dadurch der größte Theil der ohnehin äußerst armen Gebirgsbewohner sein sämmtliches Hab und Gut verloren hat, und als grade diejenigen mit ein Opfer des verheerenden Elements geworden sind, welche durch Unterstützung und Beschäftigung den armen Einwohnern Hilfe und Verdienst verschafften. Viele — ach Viele sind durch dieses Unglück an den Bettelstab gebracht, und die Noth ist um so schrecklicher, als die Meisten ohne Obdach und ohne Verdienst — dem Hunger und Mangel preisgegeben — dem nahen Winter entgegen gehen. — Es ergeht daher an alle Menschenfreunde die herzliche Bitte, ihr Schärflein auch für Liebau's arme Abgebrannte beizusteuern, für welche Hilfe, baldige Hülfe um so dringender Noth thut, als gegenwärtig bereits 132 Familien mit 589 Seelen ermittelt worden sind, welche mit thränenden Augen auf die rauchenden Trümmer ihres früheren Obdachs sehen, und nichts als eine trostlose Zukunft vor Augen haben.

Die Unterzeichneten werden auf das Dankbarste alle Gaben der Liebe, — bestehen sie in Geld, Nahrungsmitteln oder in Kleidungsstücken, — annehmen, um der allgemeinen Noth nur in Etwas entgegen arbeiten zu helfen. — Möge dieser Hülferuf, diese dringende Bitte recht viele theilnehmende mitleidige Herzen finden, und schon im Voraus der höchsten Erkenntlichkeit und des segenreichsten Erfolges gewiß sein.

Die wohllöblichen Postämter werden unserer Bitte Gehör schenken und die eingehenden Beiträge gratis an uns übersenden.

Liebau, den 18. September 1848.

Das Unterstützungs-Comitee für die armen Abgebrannten zu Liebau.
Keßler, stellvertr. Bürgermeister.
H. Wihard, Rathmann.
Reich, Stadtverordneten-Vorsteher.
Jung, Pfarrer.
Lummert, ev. Prediger.
Dr. Rau, praktischer Arzt.

Milde Gaben für die Abgebrannten wird auch bereitwilligst übernehmen und darüber öffentlich quittiren:

die Expedition der Breslauer Zeitung.

Christkatholische Gemeinde.

Sonntag, den 24. September leitet den Gottesdienst der christkatholischen Gemeinde in der Bernhardinkirche Prediger Hofferichter, des Mittags in der Armenhauskirche Prediger Vogtherr. T.

Am Sonntag den 17ten d. M. Abends nach 9 Uhr brach hier in den städtischen Scheunen, in der Nähe des königlichen Domänen-Amtes, Feuer aus, welches in kurzer Zeit mehrere Scheunen und Wohnhäuser niederbrannte, wodurch viele Betheiligte nur das nackte Leben retteten. Auch die dem Domänen-Amte gehörige Schäferei, bestehend aus 2 Schafställen und einer zweitennigen Scheune, wurde durch diese Feuersbrunst weggerafft. Unterzeichneter, der seit mehreren Wochen krank darniederliegt, fühlt sich zu dem innigsten und wärmsten Dank allen Denen, die sich so menschenfreundlich und thätig bei der Löschung des Feuers bethätigten, verpflichtet, da es nur durch große Anstrengungen und Bemühungen gelang, dem Elemente Einhalt zu thun, wodurch sowohl die übrigen Gebäude des königlichen Domänen-Amtes als der Vorstadt, der Feuersgefahr entrissen wurden.

Eben so kann der Unterzeichnete eines ganz besondern Falles nur mit innigster Rührung erwähnen. Als nämlich das Feuer ausgebrochen und schon die Flammen bezeichnete Schäferei bedrohten, gelang es dem braven Schäfer Zuche mit seiner Familie und durch die Untrrstützung des hinzugekommenen Beamten Brieger, meine ganze dort befindliche Stammheerde bis auf 41 Stück, durch Umsicht und eigene persönliche Aufopferung zu retten. Eine solche edle, brave, hingebende That für das Wohl und Interesse ihres Herrn möge Gott lohnen, und möge dieses Ereigniß als ein anerkennendes Beispiel Anderen zur Aufmunterung dienen.

Herrnstadt, 18. September 1848.

Bullrich,
königlicher Domänen-Pächter.

Nothwendiger Verkauf.

Die dem Christian Mokrasche gehörige Freistelle Nr. 3 Siebischau, Kreis Breslau, mit 11 Morgen 72 Quadrat-Ruthen Garten und Ackerland, gerichtlich taxirt auf 1484 Rtlr. 12 Sgr., soll den 25. Januar 1849 meistbietend verkauft werden. Der Bietungs-Termin steht in Siebischau an, und werden am besagten Tage von 9 Uhr Morgens ab Gebote angenommen. Die Taxe, so wie der neueste Hypothekenschein sind in unserer Kanzelei, Nikolaistraße Nr. 34, Breslau, einzusehen.

Breslau, den 10. Juli 1848.

Das Gerichts-Amt für Siebischau.

Auktion. Am 22. d. M. Vorm. 9 Uhr, sollen in Nr. 42, Breitestraße, zuerst 356 Tausend div. Nägel, dann ein Chaisenwagen, 1 Jagdschlitten, 2 Sätze neuer Räder, 2 Stück Fußteppiche, 2000 Stück feiner Cigarren, 1 neuer Flügel von Kirschbaum und ein fast neues Klavier von Mahagoni, versteigert werden. **Mannig,** Aukt.-Kommiss.

Auktion. Wegen Abreise des Schauspieler Herrn Heese werde ich am 22. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr, in Nr. 4 Neue Taschenstraße sein Mobiliar, bestehend in fast neuen Möbeln von Kirschbaum, sowie in Küchen- und Hausgeräthen, wobei ein neues großes Papageigebauer, versteigern. **Mannig,** Aukt.-Kommiss.

Montag, den 25. September, früh 10 Uhr, sollen in der alten Reitbahn des 1. Kürassier-Regiments 19 zum Militärdienst unbrauchbare Pferde, öffentlich versteigert werden.

Das Kommando des 1. Kürassier-Regiments.

Bei einem großen Fabrik-Etablissement ist die Stelle eines oberen Geschäftsführers vakant, wozu ein erfahrener, mit einem disponiblen Vermögen von 4 bis 5000 Thlr. versehener Mann gesucht wird. Außer den Zinsen wird ein jährliches Gehalt von 800 Thl. bewilligt. Schriftliche Meldungen hierzu sind an das Intelligenz-Comptoir zu Berlin, unter Z. 60 franco, zu adressiren.

Für Auswanderer.

Hierdurch zeige ich ergebenst an, daß ich für das allgemeine Auswanderungs-Büreau in Rudolstadt die General-Agentur für Schlesien übernommen habe, und empfehle mich zur Vermittlung von Ueberfahrts-Contracten nach New-Orleans, New-York, Philadelphia, Baltimore, Quebek, Texas, Rio-Grande (Süd-Brasilien) und Adelaide (Süd-Australien) über Hamburg, Bremen und Havre, mit den solidesten und billigsten Gelegenheiten.

Auch werden durch mich Ankäufe sowohl eingerichteter Farmen als auch uncultivirten Landes in Amerika vermittelt. Nähere Auskunft ertheile ich mündlich oder schriftlich auf frankirte Anfragen.

Benno Weigert, Albrechtsstr. 55.

Unterbeinkleider,

das Paar für 15 Sgr., Patent-Jacken von 20 Sgr. ab, feine Gesundheits-Jacken für Herren und Damen von 1⅓ bis 5 Rtlr., so wie Knaben-Jacken, Damen- und Mädchen-Spencer, wollene Ueberwürfe, wollene Leibbinden 2c. 2c., empfiehlt zu den billigsten Preisen die Band- und Spitzen-Handlung von

S. S. Peiser,
Buttermarkt im Leinwandhause, der Friedrichs-Statue gegenüber.

Graupenstraße Nr. 16 ist ein Gewölbe nebst dazu gehöriger Wohnung zu vermiethen und Michaelis zu beziehen.

Liebich's Garten,

heute, den 21. September, großes

Concert

von der Breslauer Theater-Kapelle.

Sonntag den 24. September, Liedertafel des Liederkranzes im Liebichschen Saale nach Beendigung des Concertes.

Tanz-Unterricht.

Einem hochgeehrten Publikum die ergebenste Anzeige, daß mit dem 3. Oktober der erste Tanz-Kursus beginnt. Die gefälligst daran Antheil nehmen wollen, erfahren das Nähere in meiner Behausung.

Laurette Gebauer, Tanzlehrerin, Hummerei Nr. 10.

Eine gebildete Familie wünscht eine oder zwei Pensionärinnen und verspricht die gewissenhafteste Aufsicht; Näheres bei Frau Dr. Steiner, Ohlauerstr. Nr. 24 und 25, 3 Treppen.

☞ Zur Erlernung der Landwirthschaft kann ich einen jungen Mann auf großen Gütern als Eleve bald placiren.

Tralles, Messergasse Nr. 39.

Für Schmiede u. Schlosser

offerirt zum Verkauf: starkes und schwaches **Schmiede-Eisen** aller Art, sowie starkes **Blech:** **J. Müller,**
Reuschestraße 48, (3 Thürme) im Hofe rechts.

Daselbst sind auch eine Partie neue Rohrnägel billig zu verkaufen.



Karlsstraße Nr. 32 ist ein schönes Pferd, zum Reiten und Fahren gleich brauchbar, zu verkaufen.

Cocus-Nuß-Oel-Soda-Seife

empfiehlt zu billigsten Preisen, in Partien und einzeln die Niederlage der Parfümerien- und Seifenfabrik des **H. Dehmel** in Quaritz, Junkernstraße Nr. 51, vis-à-vis der goldenen Gans.

Sehr schöne Mahagoni-Möbel, wenig Wochen gebraucht, nebst anderen Gegenständen, auch Kleider, werden Mittwoch, 27. Septbr., Nachm. 2 Uhr, Kleinburger Chausse, 1. Haus links, 2 Treppen, dem Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung verkauft.

Zu einem weder der Mode unterworfenen noch durch die jetzigen Zeitverhältnisse beschränkten, übrigens aber höchst lukrativen und vollständig sicheren, mit einem Anlage-Kapital von circa 30,000 Rthl. in der Nähe von Berlin hergestellten Fabrik-Geschäfte wird ein Betriebs-Theilnehmer gesucht, welcher ein Betriebs-Kapital von 8—10,000 Rthlr. disponibel hat. Ein Risico ist bei dem Betriebe des Geschäfts durchaus nicht vorhanden. Selbst Reflektirende wollen ihre Adresse unter Z. 60, in das Intelligenz-Comptoir in Berlin franco einsenden.

Eine Dame in mittleren Jahren, wünscht eine Stellung, wo sie die Führung des Hauswesens bei einem älteren gebildeten Herrn übernehmen könnte, oder ihr auch die Leitung über verwaiste Kinder anvertraut würde. Gehalt wird nicht beansprucht, nur freie Station und eine artige rücksichtsvolle Behandlung. Portofreie Nachfragen erbittet man unter der Adresse: A. u. Z. Breslau, poste restante.

Haus-Verkauf.

Ein in der Vorstadt gelegenes Haus nebst Garten, kann gegen ein Haus innerhalb der Stadt vertauscht, oder mit den vortheilhaftesten Bedingungen sofort verkauft werden.

Ein auf der lebhaftesten Straße befindliches Haus ist sofort zu verkaufen, oder mit einer Besitzung nebst Gartengelaß, vorm Schweidnitzer Thore gelegen, zu vertauschen. Das Nähere bei **L. Walter,**
Ohlauer-Straße Nr. 70, zwei Stiegen.

Im Zahnschen Lokale, Tauenzienstraße Nr. 17: Heute Donnerstag den 21. September

Musikalisch-deklamatorische

Abendunterhaltung.

Anfang 8 Uhr.

Nachtspencer

für Damen, desgl. Unterjacken und Unterbeinkleider für Herren und Damen in besten gebleichten und ungebleichten gemusterten und glatten Parchentstoffen, aufs gediegenste gearbeitet, empfiehlt wie früher

A. G. Mülchen,
Junkernstraße Nr. 5 in Breslau.

Ofenthüren,

ordinaire eiserne u. mit Messingblech überzogene

Thür und Fensterbeschläge,

eiserne und messingene,
so wie viele andere Artikel, offeriren äußerst billig im Ausverkauf

W. Heinrich u. Comp.,
Ring Nr. 19.

Gutsbesitzer,

welche Milch des Morgens vergeben wollen, können sich melden: Malergasse Nr. 2, im Milchkeller.

Die Deutsche Zeitung,

welche mit dem 1. Oktober d. J. in den Verlag der Weidmann'schen Buchhandlung in Leipzig übergeht, wird von dieser Zeit ab

in Frankfurt a. M.

erscheinen. Diese Ortsveränderung wird die deutsche Zeitung in den Stand setzen, ihre Nachrichten für die meisten Gegenden Deutschlands viel rascher als bisher zu bringen; besonders wird sie aber die Berichte über die Sitzungen der Nationalversammlung so schleunig als möglich geben.

Dieser Veränderung wegen wird ausnahmsweise für das letzte Quartal vom 1. Oktober bis 31. Dezember ein neues Abonnement eröffnet. Baldige Bestellung bei den Postämtern ist jedoch erforderlich, da bei späterer Meldung die ersten Blätter vergriffen sein könnten.

Unser assortirtes Lager von neuen Bukskin, Paletot- und Westenstoffen, empfehlen zur jetzigen Saison: v. König u. Winter, Elisabetstr. 7.

Bogardus excentrische Mühlen.

Durch besondere Verhältnisse können von den früher annoncirten 10 Stück noch 6 Stück sogenannter Handmühlen mit Schwungrad, Riemscheibe und der nöthigen Mahlscheiben versehen, zum Preise von 150 Thlr., bei Herrn **Meyer H. Berliner** in Breslau für meine Rechnung begeben werden.

Wien, den 14. September 1848. **Louis Leo-Wolf**

Düsseldorfer Mostrich (Senf)

feinster Qualität, kräftig, das Pfd. nur 3 Sgr., bei Entnahme von 12 Pfd. nur 1 Rthlr., in Gebinden ½ und $\frac{1}{1}$ Anker noch billiger lagert stets zu solch billigen Preisen zum Verkauf bei **Eduard Groß, am Neumarkt Nr. 42.**

Ein zuverlässiger Mann, welcher die Stelle eines Lager-Aufsehers annehmen und 2000 Rtl. baar oder in Staatspapieren als Sicherheit deponiren kann, melde sich schriftlich beim königlichen Intelligenz-Comptoir in Berlin sub W. 54.

Reife Weintrauben

in verschiedenen Sorten sind frisch von der Rebe zu haben Lehmdamm Nr. 20.

Die erwartete Sendung

französische Capern

habe ich erhalten und empfehle davon in allen Sorten zu den bekannten frühern Preisen

C. J. Bourgarde,
Schuhbrücke Nr. 8, goldene Waage.

Zu vermiethen und Termin Michaelis d. J. zu beziehen:

1) Hummerei Nr. 31 a) eine Schlosserwerkstatt; b) zwei kleine Wohnungen.
2) Neumarkt Nr. 23 ein Verkaufsladen.
3) Mäntlerstraße Nr. 9 mehrere kleine Wohnungen, aus Stube, Alkove und Küche bestehend.
4) Graben Nr. 34 zwei kleine Wohnungen.
5) Schmiedebrücke Nr. 40 die erste und dritte Etage, jede aus 3 Stuben, Alkove, Küche und Beigelaß bestehend.
6) Altbüßerstraße Nr. 44 eine kleine Wohnung.
7) Altbüßerstraße Nr. 3 die erste und zweite Etage, jede aus 4 Stuben, Alkove, Küche und Beigelaß bestehend.
8) Neue Gasse Nr. 8 a) mehrere kleine Wohnungen; b) eine Feuerwerkstatt; c) eine Waaren-Remise; d) ein Pferdestall.
9) Ufergasse Nr. 28 mehrere kleine Wohnungen.
10) Kupferschmiedestraße Nr. 46 a) die Bäckerei-Gelegenheit; b) die zweite und dritte Etage, jede aus 3 Stuben, 2 Alkoven, Küche und Beigelaß bestehend.
11) Bischofsstraße Nr. 15 eine Wohnung in der zweiten Etage, aus 2 Stuben, Küche und Beigelaß bestehend.
12) Ufergasse Nr. 42 mehrere kleine Wohnungen.
13) Ketzerberg Nr. 31 eine Wohnung in der ersten Etage, aus 2 Stuben, Küche und Beigelaß bestehend.

Administrator **Kusche,**
Altbüßerstr. Nr. 47.

Wohnungs-Anzeige.

Graupenstraße Nr. 16 ist eine kleine Wohnung zu vermiethen und Michaelis zu beziehen.

Zu vermiethen

und zum 1. Oktober zu beziehen sind Dorotheengasse Nr. 3, eine Stiege vorn heraus, zwei Stuben nebst Entree, im Ganzen oder auch getheilt.

Vermiethungs-Anzeige.

In Nr. 37, Albrechtsstraße, ist die 1. und 3. Etage, jede bestehend in 6 heizbaren Zimmern, Alkove, Küche, Keller 2c. nebst Stallung und Wagenplatz, desgl. eine kleine Wohnung sämmtlich von Michaelis d. J. ab zu vermiethen. Das Nähere bei Herrn Kaufm. Kohn daselbst und beim Kommissionsrath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Zu vermiethen und sofort zu beziehen ist Oderstraße Nr. 24, in den 3 Brezeln, eine sehr trockene und elegante Wohnung. Das Nähere zu erfragen im Gewölbe daselbst.

Zu vermiethen

Neue Schweidnitzerstraße Nr. 3b. ist der 3te Stock, wie auch par terre eine sehr angenehme Wohnung für einen oder zwei einzelne Herren.

Schweidnitzer Stadtgraben Nr. 29

sind zwei freundliche Wohnungen von 2 Stuben, kleiner Küche und Zubehör zu Michaelis d. zu vermiethen. Auskunft beim Bau-Inspektor Wolff im Hause daneben Nr. 28.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Gräfin v. Magnis u. Fräul. v. Zedlitz a. Eckersdorf. Majorin v. Zaski a. Neumarkt. Gutsbes. v. Uechtritz a. Michelsdorf. Gutsbes. Baron v. Zedlitz a. Nausse. Kaufmann Reißner a. Wien. Professor Pisulinski und Buchhändler Pellar a. Stanislawow. Gutsbesitzerin Deskur, Dr. Wesolowski u. Fräul. Swiontkowska a. Krakau. Mühlenbes Bauch a. Landeshut. Major Baron v. Zedlitz aus Neumarkt. K. k. Offizier Graf Stolberg a. Oesterreich. Ingenieur Klinger a. Beuthen. Kaufm. Seht a. Neuyork. Kaufm. Sym a. Glasgow. Kaufm. Sym a. England.

Breslauer Getreide-Preise
am 20. September.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	69	Sg.	64	Sg.	59	Sg.
Weizen, gelber	66	"	61	"	56	"
Roggen	37	"	33	"	30	"
Gerste	30	"	28½	"	27	"
Hafer	19	"	18	"	17	"

Breslau, den 20. September.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96½ Br. Kaiserliche Dukaten 96½ Br. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or 112⅓ Gld. Polnisches Courant 95¼ Br. Oesterreichische Banknoten 95⅓ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. 3½ % 74⅙ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 96 Br., neue 3½ % 78⅔ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. 3½ % 91⅙ Br., Litt. B 4% 92⅚ Br., 3½ % 81½ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% 91 Br., neue 91 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 86¾ Br. Oberschlesische Litt. A 3½ % 88⅚ Br., Litt. B 88⅚ Br. Krakau-Oberschlesische 4% 43 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 68½ Br. Neisse-Brieger 38½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 42 Br.

Berlin, den 19. September.

(Cours-Bericht.) Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3½ % 75 bez., Prior. 4½ % 89¼ Br. Niederschlesische 3½ % 68½ bez., Prior. 4% 81⅜ bez., Prior. 5% 94¼ bez. u. Gld., Ser. III. 5% 88½ Gld. Oberschlesische Litt. A 3½ % 88¼ bez. u. Br., Litt. B 88¼ bez. u. Br. Rheinische 53¾ u. 54 bez., Prior. 4% 68¾ Br. Posen-Stargard 4% 65¾ bez. — Quittungs-Bogen: Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 42, 42⅛ à 41⅞ bez. u. Br. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine 3½ % 73⅞ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine à 50 Rtl. 87¼ bez. Posener Pfandbriefe 4% 95¾ Gld., neue 3½ % 78½ Br. Friedrichsd'or 113⅜ Br. Louisd'or 112⅔ bez. Polnische Pfandbriefe 4% alte 91 etw bez., neue 91 Br.

Für Fonds und Eisenbahnaktien zeigte sich heute wenig Frage und die Course, namentlich der letzteren, sind größtentheils gewichen.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.